

Das Magazin der CDU Frankfurt | Oktober 2025 | 47. Jahrgang | € 2,10

# FRANKFURT MAGAZIN



*Alles Gute!*

**CDU Frankfurt**



03

Editorial

Dr. Nils Köbler

04

Kreisparteitag der CDU Frankfurt

06

Verleihung der Alfred-Dregger-Medaille

07

Neumitgliederempfang

08

Symposium

09

Politikwechsel:  
Interview mit Dr. Nils Köbler

12

80 Jahre CDU Frankfurt

14

MIT-Sommerempfang

15

Aus dem Bundestag

Norbert Altenkamp

16

Aus dem Europaparlament

Michael Gahler

17

Aus dem Landtag

Ministerpräsident Boris Rhein

18

Best of Wahlprogramm

27

CSD

28

Junge Union

27

Fachausschüsse und  
Stadtbezirksverbände der CDU Frankfurt

04



12



27





28

### Wie Sie uns digital erreichen:


Natürlich finden Sie unsere Infos auch auf der Webseite und in den Sozialen Medien:

 [www.cduffm.de](http://www.cduffm.de)

 [info@cduffm.de](mailto:info@cduffm.de)

 [facebook.com/cduffm](https://facebook.com/cduffm)

 [instagram.com/cdufrankfurt](https://instagram.com/cdufrankfurt)

 [x.com/cdu\\_frankfurt](https://x.com/cdu_frankfurt)

# Liebe Freundinnen und Freunde der Frankfurter CDU,

auf unserem Kreisparteitag haben wir den Grundstein für eine erfolgreiche Kommunalwahl am 15. März 2026 gelegt: Unsere Kandidatenlisten sowie das Wahlprogramm wurden einhellig verabschiedet. Gemeinsam wollen wir Frankfurt wieder auf Erfolgskurs bringen! Unser Leitmotiv lautet dabei: Frankfurt zur Chancengestaltung machen. Wir als CDU Frankfurt sind bereit, Verantwortung zu übernehmen. Das zeigen wir nicht nur mit unserem Wahlprogramm, sondern auch mit unserem erstklassigen „Team Römer“, den Kandidatinnen und Kandidaten für die Stadtverordnetenversammlung, die durch ihre Vielfältigkeit Frankfurt wunderbar abbilden. Unser klares Ziel ist es, stärkste Kraft zu werden und den dringend benötigten Politikwechsel für Frankfurt einzuläuten!

Das CDU-Wahlprogramm zeigt deutlich, worauf es uns ankommt: mehr Sicherheit und Sauberkeit, bessere Schulen, ein funktionierendes Verkehrskonzept für alle sowie mehr bezahlbarer Wohnraum. Die letzten Jahre haben gezeigt, wie dringend Frankfurt einen Politikwechsel braucht: Der Markenkern der Römerkoalition aus Grünen, SPD, FDP und Volt war politische Unentschiedenheit und chronischer Dauerstreit. Dies endete letztlich, wenn auch wenig überraschend, mit ihrem Bruch. Übrig geblieben sind nur die Scherben einer Koalition ohne gemeinsame Richtung und ohne Vertrauen. Die Leidtragenden sind dabei die Frankfurterinnen und Frankfurter. Da es vorgezogene Neuwahlen bei Kommunen nicht gibt, muss die Rest-Koalition aus Grünen, SPD und Volt jetzt ohne eigene Mehrheit noch bis März die Verantwortung tragen. Was deren Politik für unsere Stadt bedeutet, haben wir z.B. im August mit der Hausbesetzung in der Lahnstraße und dem „System Change Camp“ im Grüneburgpark erleben müssen.

Ein CDU-Highlight des Sommers war das traditionelle Neumitgliedertreffen, das wir dieses Jahr im Frankfurter Zoo ausrichten durften. Bei entspannter Atmosphäre und herrlichem Wetter konnten wir die neuen Gesichter in unserer Partei willkommen heißen, miteinander ins Gespräch kommen und zeigen, wie lebendig und offen unsere Partei ist. Mehr dazu finden Sie später in dieser Ausgabe.



Dr. Nils Köbler

Im Wahlkampf wollen wir die Themen, welche die Menschen in Frankfurt am meisten beschäftigen, sichtbar und prominent platzieren. Das betrifft etwa das Thema Sicherheit im öffentlichen Raum. Deshalb haben wir uns sehr gefreut, dass Christoph de Vries, parlamentarischer Staatssekretär im Bundesinnenministerium, die Frankfurter Union für einen Vortrag zum Thema „Sicherheit in Deutschland“ besucht hat. Wir dürfen nicht länger hinnehmen, dass sich Angsträume bilden, sei es im Bahnhofsviertel, in Parks oder auf Schulwegen. Während der Bund Fakten schafft, müssen wir das in Frankfurt endlich auch tun. Wir brauchen mehr Präsenz und Personal bei der Stadtpolizei, gezielte Videoüberwachung an Brennpunkten, moderne Ausrüstung für die Polizei und eine verlässliche Präventionsarbeit. Schnapsschüsse der Veranstaltung finden Sie weiter hinten.

In diesem Jahr stand außerdem noch ein ganz besonderes Jubiläum an: Die CDU Frankfurt feierte ihr 80-jähriges Bestehen! Gemeinsam konnten wir im Pappagano Musiktheater auf acht Jahrzehnte erfolgreiche politische Arbeit zurückblicken, 80 Jahre engagierter Einsatz für Freiheit und Sicherheit hier in Frankfurt. Dieser Meilenstein ist für uns weiter Ansporn, an den Herausforderungen unserer Stadt zu arbeiten, immer auf der Basis des gemeinsamen Wertefundaments. Mehr zu unserem Jubiläum finden Sie ebenfalls in diesem Heft.

Mit herzlichen Grüßen

Dr. Nils Köbler  
Kreisvorsitzender der  
CDU Frankfurt am Main

# 250 Delegierte machen

*Kreisparteitag beschließt*



Der Kreisvorsitzende Dr. Nils Köbler eröffnet den Parteitag



Delegierte v.l.n.r.: Frieder Saalman, Jan Gehre, Ann-Kathrin Hörster, im Hintergrund Udo Corts, Ehrenvorsitzender der CDU Frankfurt



Noch mehr Delegierte v.l.n.r.: Yannick Schwander, erfolgreicher Bundestagswahl-Kandidat, Prof. Dr. Heinz Riesenhuber, Michael Boddenberg MdL im Gespräch mit Martin-Benedikt Schäfer, stellv. Kreisvorsitzender

**Frankfurt am Main, 28. Juni 2025 – Die CDU Frankfurt hat im Rahmen ihres Kreisparteitags zentrale Weichen für die Kommunalwahl am 15. März 2026 gestellt. Durch die über 250 Delegierten der Stadtbezirksverbände wurden sowohl die Kandidatenliste zur Wahl der Stadtverordnetenversammlung als auch das Kommunalwahlprogramm „Frankfurt zur Chancenstadt machen“ beschlossen.**

„Unser Ziel ist klar: Wir wollen Frankfurt wieder zur Chancenstadt machen – sicher, bezahlbar, verlässlich und modern“, erklärte Dr. Nils Köbler, Kreisvorsitzender der CDU Frankfurt. Das beschlossene Programm setzt deutliche inhaltliche Schwerpunkte auf Sicherheit, Bildung, Mobilität, Wohnraum und Digitalisierung. Dabei verspricht die CDU einen Politikwechsel: weg von ideologischen Blockaden, hin zu pragmatischen Lösungen für den Alltag der Bürgerinnen und Bürger.

## **Kandidatenliste: Kontinuität und Erneuerung**

Spitzenkandidat ist der Fraktions- und Parteivorsitzende Dr. Nils Köbler. Auf den ersten 16 Listenplätzen finden sich Mitglieder der aktuellen Stadtverordnetenfraktion, was die große Geschlossenheit und das Vertrauen in das bestehende Team unterstreicht. Gleichzeitig setzt die CDU auf Erneuerung: Bereits auf Platz 17 steht mit Tom Rausch, dem Vorsitzenden der Jungen Union Frankfurt, ein neues Gesicht. Die Liste weist eine Frauenquote von 52 Prozent auf, der Altersdurchschnitt der ersten 40 Personen liegt bei 48 Jahren.

# Frankfurt zur Chancenstadt

## Kandidatenliste



Ein Ja zur Chancenstadt

„Unser Team vereint Erfahrung und frische Impulse. Es ist motiviert und bereit, Frankfurt neu zu gestalten“, so Köbler. Ein Novum: Die CDU Frankfurt tritt erstmals mit einer eigenen Liste zur Wahl der Kommunalen Ausländervertretung (KAV) an. „Es ist mir ein persönliches Anliegen, auch den hier lebenden Menschen ohne deutschen Pass ein eigenes politisches Angebot zu machen“, betont der CDU-Vorsitzende.

### Klares Programm: Politikwechsel jetzt

Das beschlossene Wahlprogramm ist ein umfassender Plan für einen politischen Neustart in Frankfurt. Die CDU will unter anderem durch mehr Polizeipräsenz und Videoüberwachung die Sicherheit in der Stadt spürbar verbessern, den Ausbau und die Sanierung von Schulen beschleunigen, das Verkehrschaos mit intelligenter Steuerung und besseren ÖPNV-Angeboten lösen, den Wohnungsbau durch Entbürokratisierung fördern und die Digitalisierung in der Stadt voranbringen.

Mit den Kampagnenleitsätzen „Frankfurt zur Chancenstadt machen“ und „Politikwechsel wählen“ unterstrich die CDU ihren Gestaltungsanspruch auch optisch auf der Bühne des Parteitages. „Wir machen konkrete Vorschläge, keine Symbolpolitik. Frankfurt kann mehr – und wir zeigen, wie“, so Köbler.

Thorsten Weber



Gratulation zum Geburtstag für Annerose Heidenreich



Dank für Engagement: Margit Grohmann

# Die Ausgezeichneten

Frankfurt am Main, 30.06.2025 – Die Alfred-Dregger-Medaille, benannt nach dem langjährigen Vorsitzenden der CDU Hessen, ist deren höchsten Auszeichnung. Zu Beginn des Kreisparteitags der Frankfurter CDU am Samstag überreichte der Kreisvorsitzende Dr. Nils Köbler diese Auszeichnung für langjähriges und herausragendes Engagement in Partei, Gesellschaft und Stadt in diesem Jahr an Gudrun Osterburg, Karlheinz Bührmann, Joachim Gres und Ulrich Keitel.



*„Mit der Verleihung der Alfred-Dregger-Medaille würdigt die CDU Frankfurt nicht nur politisches Engagement, sondern auch persönliche Integrität, kommunale Verantwortung und gesellschaftliches Vorbild“, so Köbler. Die ausgezeichneten Persönlichkeiten haben das Wesen der Frankfurter CDU über viele Jahrzehnte entscheidend mitgeprägt.*

**Joachim Gres** hat sich sowohl in der Kommunal- als auch in der Bundespolitik große Verdienste erworben. Als Bundestagsabgeordneter, Obmann in Untersuchungsausschüssen und Justiziar der CDU-Bundestagsfraktion prägte er die Rechtspolitik der 1990er Jahre wesentlich mit. In Frankfurt war er unter anderem Kreisschatzmeister und stellvertretender Vorsitzender der Stadtverordnetenfraktion. Auch beruflich setzte er als Notar und juristischer Fachautor Maßstäbe.



**Ulrich Keitel** hat sich über Jahrzehnte für das ethische Fundament der CDU Frankfurt engagiert und dabei nicht vor unbequemen Wahrheiten gescheut. Als Stadtverordneter, Vorsitzender der Europa-Union und des Stadtbezirksverbands Nordweststadt-Niederursel war er ein engagierter Vordenker der demokratischen Mitte. Besonders hervorzuheben war sein Einsatz gegen das Fortwirken nationalsozialistischer Einflüsse in Politik und Verwaltung. Seine Haltung und sein Wirken machten ihn zu einem angesehenen Städtältesten.



**Gudrun Osterburg** hat über Jahrzehnte hinweg die CDU Frankfurt maßgeblich mitgestaltet – als stellvertretende Kreisvorsitzende, Landtagsabgeordnete und Stadtverordnete. Ihr besonderes Engagement galt den Anliegen von Heimatvertriebenen, Aussiedlern und Flüchtlingen, denen sie auf allen politischen Ebenen eine starke Stimme verlieh. Sie prägte das Profil der Partei insbesondere im Bereich der Mittelstandspolitik und war zudem Mitglied zahlreicher Ausschüsse im Hessischen Landtag. Ihre Verdienste sind bereits 2007 mit dem Bundesverdienstkreuz gewürdigt worden.

**Karlheinz Bührmann** hat sich über 34 Jahre im Frankfurter Stadtparlament verdient gemacht und war unter anderem Stadtverordnetenvorsteher sowie CDU-Fraktionsvorsitzender. Der Bundesbahnberrater im Ruhestand engagierte sich außerdem in Stiftungen, als Schöffe sowie in seiner Kirchengemeinde und im kulturellen Leben der Stadt. Sein politisches Handeln war stets von einem hohen Verantwortungsbewusstsein und dem Einsatz für das demokratische Gemeinwesen geprägt. 2006 wurde er mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande ausgezeichnet.



**Dr. Helga Budde**, die am 12. Mai dieses Jahres, und damit kurz vor der Verleihung der Dregger-Medaille verstarb, war von 1977 bis 2001 ehrenamtliche Stadträtin im Frankfurter Magistrat und setzte dort über zwei Jahrzehnte hinweg starke Akzente in der Kulturpolitik. Als Brückenbauerin zwischen Politik und Kunstszene galt sie vielen als „heimliche Kulturdezernentin“ Frankfurts. Ihr Wirken trug entscheidend dazu bei, die CDU als verlässliche Partnerin der Frankfurter Kulturlandschaft zu etablieren. Dr. Budde war Trägerin der Ehrenplakette der Stadt Frankfurt und Städtälteste.

# Ein Abend im Frankfurter Zoo mit Blick hinter dessen Kulissen sowie in die Arbeit im Bundestag

### *Neumitglieder-Treffen der Frankfurter CDU*

Am 30. Juni kamen etwa 80 Gäste im Frankfurter Zoo und dessen Gesellschaftshaus zu einem herrlichen Willkommensabend zusammen. Das Treffen bot eine schöne Mischung aus Inspiration, Information und Netzwerkpflege.

Der Abend begann mit einer faszinierenden Führung durch die Zoo-Direktorin Dr. Christina Geiger und ihr Team aus Tierärzten und Tierpflegern mit Blick hinter die Kulissen, wie einem Einblick in die Wasseraufbereitungsanlage des neuen Pinguin-Beckens, einem Überblick in die moderne Tierpflege und die täglichen Herausforderungen einer solch großen städtischen Einrichtung und natürlich auch auf das Spitzmaul-Nashorn Taco sowie die Löwenbabys Rasmi und Mandala. Die Führung verdeutlichte anschaulich, wie Sachkompetenz, Teamarbeit und Verantwortungsbewusstsein in der Praxis funktionieren – Werte, die auch politische Arbeit tragen.

Im Anschluss sprach Bundestagsabgeordneter Norbert Altenkamp über aktuelle Herausforderungen der Bundespolitik, auch im Umgang mit dem Koalitionspartner. Unsere Gäste lauschten gerne seinen Ausführungen zu konkreten Zielsetzungen, realistischen Umsetzungswegen und dem Anspruch, Politik nah an den Anliegen der Bürgerinnen und Bürger zu gestalten.

Der laue Sommerabend endete in geselligem Beisammensein auf der Terrasse des Gesellschaftshauses mit Blick auf die Giraffen. Bei gekühltem Weißwein, Rosé und Käseplatten gab es viele inspirierende Gespräche, Vernetzung und den Austausch über persönliche Motive für das politische Engagement und neue Impulse.

Herzlich willkommen, allen Neumitgliedern – und allen, die sich vorstellen können, zukünftig Teil der CDU zu werden. Eine Anmeldung ist ganz einfach unter <https://archiv.cdu.de/mitglied-werden>.

Dr. Veronica Fabricius



Drei mit Nashorn: v.l.n.r.:  
Dr. Veronica Fabricius, Zoo-  
direktorin Christina Geiger  
und Norbert Altenkamp MdB

# Die Rolle von Sicherheit und Ordnung

*Christoph de Vries, MdB und die Sorge um internationale Entwicklungen*



Zuhörer im Bann: Christoph de Vries, MdB spricht zur äußeren und inneren Sicherheit

Es gibt wenige Themenbereiche, die auf allen politischen Ebenen diskutiert werden und dabei auch stets Relevanz haben. Ein solches Thema ist die Sicherheitspolitik. Sowohl auf der Bundes-, als auch auf der Landesebene und eben auch in den Kommunen spielt dieses Thema eine große Rolle und wird immer dann wichtig, wenn die Bürgerinnen und Bürger das Gefühl haben, dass Sicherheit und Ordnung nicht mehr gewährleistet sind.

In einer solchen Situation befinden wir uns gerade. Aus diesem Grund hatte die CDU Frankfurt jüngst einen hochkarätigen Experten der Sicherheitspolitik zu Gast. Der Hamburger Bundestagsabgeordnete und parlamentarische Staatssekretär im Innenministerium, Christoph de Vries kam nach Frankfurt, um über die Herausforderungen der Sicherheitspolitik, die geplanten Maßnahmen der Bundesregierung sowie über die deutsche Sicherheitsarchitektur zu sprechen.

In einem kurzweiligen Vortrag berichtete er den Anwesenden, dass die Bundesregierung, beispielweise bei der Migrationspolitik echte Fortschritte erzielt habe und damit das Prinzip „Recht und Ordnung“ wieder eingehalten wird. Gleichzeitig zeigte er sich besorgt über internationale Entwicklungen und mahnte an, die deutschen Nachrichtendienste nicht nur besser auszustatten, sondern ihnen auch das rechtliche Rüstzeug an die Hand zu geben.

Sein Plädoyer für eine starke Polizei und dafür, dieser sowie Rettungs- und Einsatzkräften mehr Respekt zu zollen, kam bei den Zuhörerinnen und Zuhörern sehr gut an. Dies galt ohnehin für die gesamte Veranstaltung, die mit Fragen und Antworten abgerundet wurde und bei der man spürte, dass das Thema Sicherheit nach wie vor ein originäres Thema der CDU ist. Die CDU Frankfurt jedenfalls wird dies auch für die Kommunalwahl in den Mittelpunkt stellen.

*Yannick Schwander*

## Kommunalwahl 2026: Auf Ihre Spende kommt es an!



Als CDU wollen wir aus der Kommunalwahl am 15. März 2026 mit Ihrer Hilfe als stärkste Kraft hervorgehen und wieder Verantwortung für Frankfurt übernehmen!

In den nächsten Monaten gilt es, die Menschen vom notwendigen Wechsel in Frankfurt weiter zu überzeugen. Der Wahlkampf hat für uns bereits begonnen: Die ersten großen Bestellungen mussten schon in diesem Sommer aufgegeben werden. Deshalb brauchen wir Sie und Ihre Spende.

**SPENDENKONTO: DE35 5004 0000 0335 5328 01**

# Frankfurt hat den Politikwechsel verdient!

*Dr. Nils Kößler im Interview*

**Das CDU-Wahlprogramm für die Kommunalwahl trägt die Überschrift „Frankfurt zur Chancenstadt machen“. Was bedeutet Chancenstadt für dich?**

Frankfurt ist eine Stadt mit enormen Möglichkeiten. Wir verfügen z.B. über ein Wirtschafts- und Kulturkapital, von dem viele Städte nur träumen können. Umso unverständlicher ist es, dass unsere Stadt in den vergangenen Jahren unter der Römerkoalition kaum vorgekommen ist. Chancenstadt bedeutet für mich, dass wir bei den zentralen Themen Wohnungsbau, Verkehr, Sicherheit, Sauberkeit sowie bei unseren Schulen endlich Fortschritte machen. Frankfurt muss für alle funktionieren!

**Du hast die Römerkoalition von Grünen, SPD, FDP und Volt einmal als „größte Wählerenttäuschung der Frankfurter Kommunalpolitik“ bezeichnet. Wie kommst Du zu diesem Schluss?**

Die Frankfurter Ampelkoalition ist 2021 mit dem großen Versprechen eines „phänomenalen Aufbruchs“ an die Arbeit gegangen. Vier Jahre später ist von diesem Aufbruch nichts mehr übrig. Wir haben einen Tiefpunkt bei den Genehmigungen zum Bau neuer Wohnungen erreicht. Im Verkehr sehen wir schlechte Stauwerte und eine geringe Zufriedenheit mit dem öffentlichen Nahverkehr. Die Koalition hat es außerdem versäumt, mit Waffenverbotszonen und Videoüberwachung an Hotspots wie dem Bahnhofsviertel oder in Alt-Sachsenhausen Verbesserungen zu erzielen. Ebenso passiv blieb sie beim Thema Vermüllung. Auch bei der Sanierung und dem Neubau von Schulen sind die Menschen unzufrieden und können keine Fortschritte feststellen.

**Was unterscheidet denn die Politik der CDU von anderen Parteien?**

Die CDU steht für echte Realpolitik. Wir sind keine Partei der lauten Schlagzeilen, sondern der tragfähigen Lösungen. Wir treffen Entscheidungen, die nicht immer populär, aber notwendig sind. Unser Anspruch als Volkspartei der Mitte ist es, alle Bevölkerungsgruppen im Blick zu behalten. Diese Einstellung haben wir auch stets in unserer Rolle als Oppositionspartei gezeigt. Mit ca. 900 Anträgen und Anfragen haben wir seit 2021 im Römer konstruktive Politik gemacht.



Bild: Tobias Koch

Dr. Nils Kößler

**Viele Menschen sind unzufrieden mit der Politik und wählen Protest. Wie willst Du enttäuschte Frankfurterinnen und Frankfurter zurückgewinnen?**

Viele wenden sich nicht grundsätzlich von der Politik ab, sondern verlieren das Vertrauen, weil Versprechen zu oft gebrochen werden. Die andauernden Streitigkeiten innerhalb der Römerkoalition haben dieses Vertrauen zusätzlich erschüttert. Politik muss den Mut haben, Verantwortung zu übernehmen und greifbare Fortschritte zu erzielen, auch wenn diese nicht immer einfach sind. Unser Wahlprogramm verkörpert genau das: Nicht zu viel versprechen, aber das Versprochene einhalten!

**Die CDU hat als erste Partei in Frankfurt ihr Programm und ihre Kandidatenlisten verabschiedet. Wie ist unser Römer-Team aufgestellt?**

Wir gehen mit einem Team aus bewährten und neuen Kräften an den Start. Darüber hinaus bildet es möglichst viele Teile der Frankfurter Bevölkerung ab. Das Verhältnis von Frauen und Männern ist ausgewogen, wobei der Frauenanteil an der Spitze sogar überwiegt. Zudem sind unter den ersten 40 Plätzen etwa



ein Viertel Menschen mit Migrationskontext vertreten. Auch das Alter unserer Kandidatinnen und Kandidaten zeigt eine breite Spannweite: Von 22 bis 72 Jahren ist alles dabei!

**Die Verkehrspolitik war, ist und bleibt ein großes Streitthema in Frankfurt. Wie sieht das Verkehrskonzept der CDU aus?**

Die Einwohner dieser Stadt sind mündige Bürger, die selbst entscheiden können, welches Verkehrsmittel sie nutzen wollen. Deshalb muss es für alle Verkehrsmittel in Frankfurt Platz geben. Das bedeutet konkret: sichere Rad- und Gehwege, funktionierende Straßen sowie einen pünktlichen und sauberen ÖPNV. Wir wollen keine ideologische Bevormundung oder gar ein Gegeneinander der Verkehrsteilnehmer, wie es die alte Stadtregierung mit Diagonalsperren und Co. veranstaltet hat. Wir wollen einen fairen Mix.

**Was ändert sich konkret verkehrspolitisch, wenn die CDU ans Ruder kommt?**

Staustraßen, auf denen neue Radwege abmarkiert wurden, werden einer objektiven Prüfung unterzogen. Danach wird es ergebnisabhängige Korrekturen geben. Gleichzeitig muss der ÖPNV gestärkt und ausgebaut werden, Stichwort U4-Lückenschluss und U5-Verlängerung ins Europaviertel. Wir wollen eine bessere Taktung, mehr Busse und Bahnen sowie mehr Sauberkeit.

**Sauberkeit ist laut neuesten Umfragen eine Hauptsorge der Frankfurterinnen und Frankfurter. Was hat die CDU bei dem Thema vor?**

Die zerbrochene Römerkoalition hat beim Thema Sauberkeit grundsätzlich keinen Handlungsbedarf gesehen und immer mit den Achseln gezuckt. Aber das Müllproblem in Frankfurt reicht von Verpackungsmüll auf der Straße bis zu illegalem Sperrmüll. Auch die Stadt selbst ist nicht unschuldig: Ungenutzte Absperrungen, Schilder oder herumliegende Fußplatten prägen das Stadtbild. Wir wollen bei der Stadtpolizei eine neue, „Schnelle Eingreiftruppe Sauberkeit“ einführen, um reaktionsfähig zu werden. Außerdem wollen wir mit dem Konzept „Sauberkeit aus einer Hand“ die Zuständigkeiten besser bündeln und so die Strukturen effizienter gestalten. Sauberkeit ist kein bürgerliches „Nice-to-have“, sondern ein wichtiger Standortfaktor.

**Das Thema Sicherheit hat innerhalb der Römerkoalition häufig für Streit gesorgt. Wie soll es hier weitergehen?**

Ein ewiges Hin und Her, wie die Frankfurter Ampel es etwa bei der Waffenverbotszone oder der Videoüberwachung gezeigt hat, wird es mit uns nicht geben. Die Videoüberwachung wollen wir ausbauen, besonders an Brennpunkten wie Alt-Sachsenhausen oder im Bahnhofsbereich Höchst. Außerdem werden wir bei der Stadtpolizei 75 neue Stellen schaffen. Die Stadt muss im öffentlichen Raum wieder voll handlungsfähig und wahrnehmbar werden. Das gilt auch für die Stadtteile außerhalb des Alleenrings.

**Das Bahnhofsviertel wird in diesem Wahlkampf mit Sicherheit Thema sein. Was gibt es dort für Vorschläge?**

Die Landesregierung ist mit der im Frühjahr vorgeschlagenen Doppelstrategie für das Bahnhofsviertel bei Grünen und Co. in Frankfurt auf Ablehnung gestoßen. Wir hingegen wollen die Strategie konsequent umsetzen. Das bedeutet einerseits mehr Polizeipräsenz und Härte gegen Kriminelle, und andererseits soll es mehr Hilfsangebote und Suchthilfe für Drogenkranke geben. Das Bahnhofsviertel muss als Eingangstor unserer Stadt endlich in einen vorzeigbaren Zustand versetzt werden. Und dabei hilft uns ein Konsumzentrum für Crack-Abhängige überhaupt nicht weiter.

**Im Wahlprogramm wird der „darbende Wohnungsbau“ als Belastung für die Menschen in Frankfurt genannt. Wie will die CDU beim Wohnungsbau vorankommen?**

Frankfurt befindet sich bei den Genehmigungen für neue Wohnungen auf einem historischen Tiefstand. Die Stadtpolitik der letzten Jahre hat dazu beigetragen. Deswegen muss beispielsweise der Baulandbeschluss wegfallen, bis der Wohnungsbau wieder anspringt. Wir brauchen eine Gründerzeitmentalität auch auf Seiten der Verwaltung im Genehmigungsverfahren! Beim Dachausbau und der Aufstockung hat Frankfurt in seiner jetzigen Form ein Potenzial von 15.000 Wohnungen, und das ohne neue Flächenversiegelung.

**Die Schulen in Frankfurt sind in einem besorgniserregenden Zustand. Jüngst musste sogar das Schulgebäude der IGS Süd in Sachsenhausen wegen Einsturzgefahr geschlossen werden. Was muss sich ändern?**

Der desaströse Zustand unserer Schulen hat mittlerweile bundesweit Schlagzeilen gemacht. Das hat auch mit der zuständigen Dezernentin und ihrem Missmanagement zu tun. Wir wollen die Sanierung und Entwicklung von Schulstandorten durch klare Prioritäten und vernünftige Interimsstandorte beschleunigen. Bauzeiten verkürzen und Kosten senken wir mit seriellen Bauweisen und erfahrener Projektsteuerung. Chancenstadt bedeutet für uns auch, dass das Aufstiegsversprechen durch Bildung wieder gilt. Dafür brauchen wir Schulen, die funktionieren.

**Je näher die Kommunalwahl rückt, desto länger werden bei Dir vermutlich auch Deine Tage. Was machst Du, um trotz all dem Wahlkampfstress motiviert zu bleiben?**

Es stimmt: Freizeit bleibt mir neben dem Wahlkampf und meiner Doppelfunktion als Partei- und Fraktionsvorsitzender aktuell kaum noch. Sport und gelegentlich mal etwas Zeit an der frischen Luft helfen mir und meiner Freundin, den Kopf frei zu kriegen. Außerdem bin ich sehr gerne mit meinen Patenkindern zusammen, die bei unseren Treffen volle Aufmerksamkeit verlangen (lacht).

# Frankfurt zur Chancenstadt machen

*Unser Programm zur Kommunalwahl 2026*



Am 15. März 2026 entscheiden die Frankfurterinnen und Frankfurter über die Zukunft ihrer Stadt. Mit unserem Programm wollen wir einen echten Politikwechsel einleiten und Frankfurt zu einer Stadt der Chancen machen – für alle Menschen, die hier leben. Unser umfassendes Wahlprogramm setzt klare Schwerpunkte in den Bereichen Sicherheit, Bildung, Mobilität, Wohnraum, Digitalisierung und gesellschaftlicher Zusammenhalt. Mit dem nebenstehenden QR-Code können Sie sich das vollständige Programm als PDF herunterladen.

# Der 80. Geburtstag der Frankfurter CDU

*Das Theater, die Klarinetten, die Vergangenheit und die Zukunft berührten das christdemokratische Herz*



Festrede Prof. Dr. Heinz Riesenhuber



Ernst Gerhardt

*Was sind schon 80 Jahre? 80 Jahre gegen 104? Als die Gründerväter 1945, allen voran Konrad Adenauer, dem zerstörten Deutschland und seinen zutiefst erschütterten Bewohnern, Tätern wie Opfern, durch die CDU eine neue Perspektive, Gerechtigkeit, eine neue Existenz in Aussicht stellten, betrachtete ein 24jähriger diese Initiative mit Interesse und dem Willen zur Mitwirkung. Verwurzt im katholischen Glauben und der Soziallehre wirkte Ernst Gerhardt mit an Aufbruch und Aufbau – seiner Stadt Frankfurt, des Landes und der CDU. Sein Wirken hält an. Seine Präsenz ist ungebrochen. In seinem Namen hat die Frankfurter CDU den Ernst Gerhardt-Preis für junge Menschen mit Engagement auf der Basis der katholischen Soziallehre kreiert. Am 10. September 2025 wurde Ernst Gerhardt 104 Jahre alt. Wir Christdemokraten gratulieren und verneigen uns.*

Im vollbesetzten Papageno-Theater, 181 Tage vor der Kommunalwahl, feierte die Frankfurter CDU jetzt ihren 80. Geburtstag. Rückschau auf eine gelungene Geschichte, in der die Christdemokraten stets ein formendes Element in der Stadt Frankfurt waren, und Ausblick mit dem Entschluss, wieder stärkste politische Kraft in Frankfurt werden zu wollen, prägten ein Ereignis, das stilvoll und emotional, anrührend und verheißungsvoll war. Die Gästeliste des Abends, der vor dem Theater in romantischer Dämmerung an Stehtischen ausklang, las sich wie das „Who is Who“ der hessischen und der Frankfurter CDU.

Unvergessene Namen und Persönlichkeiten waren zugegen; allen voran der 104-jährige Dr. Ernst Gerhardt, der Jahrzehnte christlich-demokratischer Politik in Frankfurt gestaltete. Prof. Dr. Heinz Riesenhuber, der – wer könnte es sonst? – die 80 Jahre in gewohnt launiger Rede beschrieb, der neue Generalsekretär der CDU Hessen, Leopold Born, ungefähr 60 Jahre jünger als Riesenhuber, sprach ebenso wie der Fraktionsvorsitzende Dr. Nils Köbler, der Gastgeber.

In seltener Einmütigkeit und gespannter Aufmerksamkeit – Zwischentöne, aber der angenehmen Art, kamen nur vom Internationalen Klarinettenensemble – nahm der Abend an Fahrt auf. Dr. Köbler begrüßte die Gäste, unter ihnen der ehemalige Parteivorsitzende Udo Cords, Staatssekretärin Karin Müller – und auch, mit nachdrücklichem Willkommen, Vertreter von Volt, der



Dank an Prof. Dr. Heinz Riesenhuber



Das Musikensemble: LIV

SPD und den Grünen – und schilderte seine – wie er zu-  
geben musste – erst 30-jährige CDU-Geschichte.

Er lud ein, an diesem Abend zu erleben, woher die  
Frankfurter CDU kommt und wohin sie in Zukunft ge-  
hen wird. Im September 1945 waren es 16 Männer, die  
bei der amerikanischen Militärregierung die Gründung  
einer christlich-demokratischen Partei beantragten.  
Dem Antrag wurde stattgegeben, kurz darauf ver-  
fasste die Partei ihre Frankfurter Grundsätze, ein iko-  
nisches Dokument der Gründungsgeschichte der CDU  
in Hessen. Schon am 11. November 1945 fand die erste  
öffentliche Versammlung statt: 800 Teilnehmer trafen  
sich in der Schauburg in Bornheim.

Das Fundament der CDU, das christliche Menschen-  
bild, so Kössler eindringlich, sei der Dreiklang aus der  
unanastbaren Würde des Einzelnen, der Verbindung  
der Freiheit des Individuums mit der Verantwortung für  
die Gemeinschaft und schließlich der Demut, mit der  
wir der Welt begegnen sollten.

Auch die Spuren, die CDU-Politik in Frankfurt hinterlas-  
sen habe, zeichnete Kößler nach und verwies auf die  
Ostzeile, den Wiederaufbau der Altstadt, das Konzept  
Museumsufer, die frühe Städtefreundschaft mit Tel  
Aviv und die Etablierung der Stadt als internationale  
Metropole.

Die Entschlossenheit, an diese Erfolge anzuknüpfen,  
teilten an diesem Abend seine Zuhörer.

Und dann der junge, eloquente Leopold Born, nur zwei  
Tage zuvor zum Generalsekretär der hessischen CDU  
mit dem unglaublichen Ergebnis von 94,6 Prozent ge-  
wählt: Er sagte, was auch gesagt werden muss: dass  
die Zeiten andere sind, dass wir neue Allianzen brau-  
chen, dass das Land Probleme habe und dass es mit  
Stufe vier in der NATO fast zum Bündnisfall gekommen

wäre. Er, natürlich ein Frankfurter, hat es in der Hand,  
mit seiner Generation einen neuen Aufschwung zu  
meistern und die Chancenstadt Frankfurt zu gestalten.

Auftritt Prof. Dr. Riesenhuber. Wie eingangs gesagt,  
wenige Wochen vor seinem 90. Geburtstag. Mit Fliege,  
ohne Manuskript ... der Mann war so prominent, dass  
während eines Wahlkampfes nicht etwa sein Konter-  
fei, sondern nur die Fliege auf den Wahlplakaten zu se-  
hen war. Riesenhuber erzählte, wie es nur Riesenhuber  
vermag: von den Strömungen, dem Christlich-Sozialen  
und dem Mittelstand, die Wilhelm Fay einte, zu „einer  
einzigsten, klugen und integrierten Partei“, von Adenau-  
ers Entscheidung für die Westbindung, die Deutsch-  
land zurückbrachte in den Kreis der angesehenen Län-  
der, von Alfred Dregger und seinem legendären Satz zu  
Schwarz-Schilling: „Sie sind intelligenter, aber ich habe  
das Charisma“, erinnerte, wie er bei Kohl vorgespro-  
chen habe, weil er einen OB für Frankfurt suchte, der  
dann Walter Wallmann hieß. Schließlich berichtete er  
von den Jahren mit Petra Roth, der „Oberbürgermeis-  
terin der Herzen“. Und – mit Verweis auf die Frankfurter  
CDU, die „als erste ihr Programm zur Kommunalwahl  
vorgelegt“ habe – von der Liste mit starken Kandida-  
ten, der Arbeit der Fachausschüsse, die vorbereitend  
mit Kompetenz der Partei zur Seite stehen, und einer  
Mannschaft, die sich gut verträgt, die zusammensteht  
und die Zukunft in die Hand nehmen wird.

„Die CDU“, so Riesenhuber, „ist die letzte verbliebene  
Volkspartei.“ Das bedauere er. Und er rief den Gästen  
an eben dieser Stelle zu: „Wir breiten die Arme aus für  
alle demokratischen Parteien, die mit uns zusammen-  
arbeiten wollen.“

An diesem Abend wurde das so oft und so wohlfeil zi-  
tierte Wort von der Parteifamilie wahr.

*Claudia Korenke*



Die Vorsitzende der MIT, Dr. Veronica Fabricius im Gespräch mit Minister Manfred Pentz

# Sommerempfang der Mittelstands- und Wirtschaftsunion

Dokumente werden auch in digitaler Form ausreichen, unnötige Berichtspflichten werden gestrichen, ehrenamtliche Veranstaltungen können leichter organisiert werden.

Anschließend sprach die Geschäftsführerin der IHK, Patricia Borna, über die „Marke Frankfurt: „Unsere Stadt zeichnet sich durch so viel mehr aus als das im Ausland bekannte Bahnhofsviertel und das erste „Crack-Zentrum“. Als die Stadt Goethes mit der besten Oper Deutschlands, als führender Finanzplatz in Europa, mit dem größtem Flughafen der EU, zudem der „neuesten Altstadt der Welt“ und vielem mehr stehe Frankfurt für Vielfalt.

Zudem sei Frankfurt der treibende Wirtschaftsmotor der RheinMainRegion. Um als Motor nicht zu stottern, sei der Schulterschluss von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft notwendig, um wirtschaftliche und soziale Ziele im Gleichklang – nachhaltig – voranzubringen. Dafür brauche es immer einen kritisch-konstruktiven Dialog. Als CDU sind wir die christlich-soziale und wirtschaftsliberale Partei. Der Sommerempfang zeigte erneut, dass wir als Mittelstands- und Wirtschaftsunion der Ansprechpartner für die Wirtschaftsplayer und der aktive Mitgestalter vor Ort sind.

Insgesamt ein Abend voller Lebensfreude, Begegnung und überzeugenden politischen Botschaften. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft kann gemeinsam Zukunft gestalten!

*Dr. Veronica Fabricius*

Ein herrlicher Sommerabend auf der lauschigen Terrasse des Café Siesmayer war am letzten Schultag, am 4. Juli, der perfekte Auftakt in die Sommerferien. 80 Gäste genossen gesellig-fröhliche Stunden, kulinarische Köstlichkeiten und lauschten inspirierenden Reden.

Hessens Staatsminister für Europa und Entbürokratisierung, Manfred Pentz, berichtete, dass die hessische Landesregierung mit Mut zur Entbürokratisierung schon viele Regulierungen entschärft habe. So wurde eine zentrale Anlaufstelle eingerichtet, um Vorschläge aus der Bevölkerung entgegenzunehmen. Über den sogenannten „Bürokratiemelder“ können Bürger online Ärgernisse benennen und Änderungsvorschläge einreichen. Im „Bündnis gegen Bürokratie“ fließen Vorschläge aus Wirtschaft, Kommunen und Gesellschaft ein. Und so sind schon im Entwurf für das erste „BürokratieabbauPaket“ der Landesregierung radikale Erleichterungen erkennbar: 90 Gesetze werden überarbeitet, über 70 Beglaubigungen entfallen künftig,

## IMPRESSUM

### Herausgeber:

CDU-Kreisverband  
Kurt-Schumacher-Str.  
30-32  
60313 Frankfurt am Main  
Tel. (069) 15 30 99-0  
info@cduffm.de  
www.cduffm.de

### Spendenkonto:

DE35 5004 0000 0335  
5328 01

### Redaktion:

Chefredakteurin:  
Claudia Korenke  
(V. i. S. d. P.),  
Chef vom Dienst:  
Thorsten Weber

### Freie Autoren:

Dr. Nils Kößler, Dr. Joachim Rotberg, Norbert Altenkamp, Michael Gahler, Boris Rhein, Yannick

Schwander, Dr. Veronica Fabricius, Martin-Benedikt Schäfer, Verena David, Tom Rausch, Imre Bartal, Thomas Rätzke, Christoph Hertig, Frank Nagel, Carsten von Drathen

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung

der Herausgeber und der Redaktion wieder.

### Fotografen:

Tobias Kolb, Volker Dziemballa, Tobias Koch, Dr. Joachim Rotberg, Frank Nagel

### Herstellung:

Verlags- und Werbe-gesellschaft für politische

Meinungsbildung mbH, A&M-Service/Elz

### Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe:

01.01.2026

# Bundeshaushalt: Investieren Konsolidieren Reformieren – und die Renaissance der Realpolitik!

Zurück aus der parlamentarischen Sommerpause erwarten uns im Bundestag im September gleich zwei Sitzungswochen mit knallharten Debatten zum Bundeshaushalt.

**Investieren:** Wir verabschieden zunächst den Bundeshaushalt 2025, der, zugegeben, auf den Trümmern des Ampel-Entwurfs aufbaut, der uns leider nicht viel Spielraum für Veränderungen ließ. Aber diesen Spielraum haben wir mit Hilfe von Zuweisungen aus dem neuen Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität gut genutzt. Mit einem Rekordvolumen von 503 Mrd. Euro und Rekordinvestitionen von über 115 Mrd. Euro legt der Haushalt 2025 – gemeinsam mit dem schon zuvor verabschiedeten Investitions-Booster und dem Bau-Turbo – die Grundlage für die Wirtschaftswende, für mehr Investitionen in Straßen, Schienen und Stromnetze, in Bildung und Digitalisierung, in sozialen Wohnungsbau und klimaneutrales Bauen, in Forschung und Innovation, in unsere Verteidigungsfähigkeit und für die Modernisierung unseres Landes insgesamt.

Gleichzeitig engagiert sich der Bund finanziell wieder stärker in den Kommunen. Und wir entlasten Unternehmen, Verbraucherinnen und Verbraucher in einem ersten Schritt um insgesamt zehn Milliarden Euro, u.a. durch die Senkung der Netzentgelte. Dadurch können auch Familien mit Kindern ab 2026 bis zu 100 Euro pro Jahr sparen. Im Bundeshaushalt 2026 sollen die Investitionen noch einmal um rund 11 Mrd. Euro ansteigen – ein weiterer Meilenstein nach den verlorenen Ampeljahren.

**Konsolidieren:** Zur Wahrheit gehört aber auch: Trotz des Sondervermögens und der Ausnahme der Verteidigungsausgaben von der Schuldenbremse gibt es kaum Spielraum für Mehrausgaben in anderen Bereichen. Wir stehen hier angesichts der hohen Zinslasten, der steigenden Sozialausgaben im Bundeshaushalt, die 2024 schon 218 Mrd. Euro – rund 46 % – betragen, und der Entdeckung immer neuer, durch die Ampel zuvor gut verschleierter Haushaltslöcher vor einer riesigen Herausforderung.

Alle kommenden Bundeshaushalte müssen deshalb auch Sparhaushalte sein, mit zum Teil schmerzlichen Einsparungen und Prioritätensetzungen – auch bei den Themen, die mir und vielen Bürgerinnen und Bürgern besonders am Herzen liegen.



Norbert Altenkamp MdB

Bild: Klaas Fahr

Ich bedaure sehr, dass wir deshalb nicht alle Versprechen aus dem Koalitionsvertrag auf einmal umsetzen können, dass die Haushaltslage es leider auch nicht zulässt, die Stromsteuer schon jetzt auch für Privathaushalte zu senken – was wir aber so schnell wie möglich nachholen wollen. Sehr schmerzlich ist auch – und das nicht nur aus meiner Sicht als Fraktionssprecher für Menschenrechte und humanitäre Hilfe – die Halbierung der Mittel für die humanitäre Hilfe auf eine Milliarde Euro und die ebenfalls massiven Kürzungen bei der Entwicklungshilfe, obwohl der Bedarf an Hilfe immer größer wird. Das wird das Leben von Millionen von Menschen, die meisten davon Frauen und Kinder, weltweit gefährden und Krisenregionen weiter destabilisieren – mit allen negativen Folgen auch für unsere Sicherheit in Deutschland und Europa, für unser Ansehen in der Welt und für unseren Kampf gegen Autokratien wie China und Russland. Das kann nicht in unserem Sinne sein.

**Reformieren:** Damit Investitionen wirksam sind und wir Sozialausgaben, Entlastungen und andere wichtige Ausgaben weiter leisten können, brauchen wir als dritten Baustein dringend strukturelle Reformen, schnellen Bürokratieabbau und eine effizientere Förderkulisse, einen schmerzhaften Kurswechsel besonders in den Bereichen Rente, Gesundheit und Bürgergeld.

Das verlangt nichts anderes als eine Renaissance der Realpolitik. Uns allen ist klar, dass es unserem Koalitionspartner SPD nach Jahren ungebremster Wohltaten wesentlich schwerer fallen wird, diesen Weg zu gehen als der Union. Denn nur mit mutigen Entscheidungen können wir unser Land wieder wettbewerbsfähig und fit für die Zukunft machen und unseren Kindern und Enkeln neue Handlungsspielräume eröffnen.



Michael Gahler MdEP

## CDU und EVP tun der EU gut – Erfolge im ersten Jahr nach der Europawahl

**Nach Europawahl und nationalen Wahlen ist die Europäische Volkspartei (EVP) die entscheidende Kraft in Parlament, Ministerrat und Kommission. CDU und CSU stellen 29 von 188 EVP-Abgeordneten. Wir wollen die Wahlperiode gut nutzen, deshalb sind wir stolz auf unsere ersten Erfolge.**

Dringend nötige Fortschritte im Bereich Sicherheit und Verteidigung etwa: ein EU-Kommissar für Verteidigung, unser EVP-Parteifreund Andrius Kubilius und der „ReArm Europe“-Plan sollen mit über 800 Milliarden Euro die europäische Verteidigungsfähigkeit stärken. Wir arbeiten intensiv an einer besseren Zusammenarbeit der Streitkräfte und wollen die Hürden für einen echten europäischen Markt für Verteidigungsgüter überwinden.

Ich selbst arbeite zurzeit am neuen Programm für die Europäische Verteidigungsindustrie (EDIP), das die Verteidigungsfähigkeit stärken und einen effektiveren Einsatz von europäischen Steuergeldern ermöglichen wird. Hierbei ist enge Abstimmung mit der NATO unerlässlich, gerade bei Großprojekten, wie einem europäischen Raketenabwehrsystem.

Starke Unterstützung der Ukraine: Als Ständiger Berichterstatter bearbeite ich alle Gesetze, etwa Ukraine-Fazilität über 50 Mrd. Euro, und koordiniere die Parlamentszusammenarbeit EP - Werchowna Rada.

Kursänderung in Migrationspolitik und Grenzschutz: Asyl- und Migrationspakt aus 2024 als Meilenstein. Nun setzen wir nach mit Rückführung: schnellere Verfahren, klare Regeln und Pflichten. Gesetze zu sicheren

Herkunftsstaaten und Einstufung sicherer Drittstaaten. Zudem Solidarität zwischen EU-Mitgliedstaaten. 2025 ist die Zahl der illegalen Grenzübertritte bereits um 20 Prozent gesunken.

Bürokratieabbau für Wirtschaft und Bürger: 150 Milliarden Euro kosten überbordende Vorschriften jedes Jahr. Durch Gesetzesänderungen beabsichtigen wir sechs Milliarden Euro an Einsparungen. Überzogene Regelungen, etwa zur Nachhaltigkeitsberichterstattung oder zu Sorgfaltspflichten von Unternehmen, wurden ausgesetzt. Die Verfolgung unserer Umweltziele gestalten wir praktikabler. Der Plan für eine saubere Industrie verfolgt besseren Zugang zu Kapital und bezahlbarer Energie, schnellere Genehmigungen, sichere Rohstoffversorgung, faire Bedingungen für energieintensive Betriebe und Clean-Tech. Ziel: europäische Wettbewerbsfähigkeit. Außerdem: Flexibilität für die Autoindustrie, also Verbrennerverbot auf den Prüfstand.

Eine neue Agrarstrategie hilft dem Generationenwechsel, reduziert Bürokratie für kleine Höfe, bringt sinnvolle Kontrollen und praxisnähere Vorgaben.

Bis 2028 stehen für über 200 Millionen Europäer wichtige nationale Wahlen an, unter anderem in Polen, Frankreich, Ungarn. Die entscheidende Auseinandersetzung: Wir, die politische Mitte, gegen die politischen Extreme.

Wir schaffen ein sicheres Europa, das seine Grenzen und sich selbst verteidigt, das wettbewerbsfähig ist, Bürokratie abbaut und an der Seite der Landwirte steht.

# Liebe Leserinnen und Leser,

als Ihr Landtagsabgeordneter für den Nordosten Frankfurts, Ministerpräsident des Landes Hessen und Landesvorsitzender der CDU Hessen freue ich mich sehr, Ihnen einen Einblick in meine Arbeit geben zu dürfen.

Mit unserer christlich-sozialen Koalition und einer Renaissance der Realpolitik liefern wir in Hessen seit 20 Monaten eine pragmatische Politik für die Bürgerinnen und Bürger, die die Mehrheit stärkt und Minderheiten schützt. Wir liefern und setzen um, was wir gemeinsam plakatiert und zugesagt haben: Nicht zu viel versprechen, aber alles halten. Auf uns ist Verlass. Und unter unserer Führung ist Hessen erfolgreich.

Die Einführung des Hessengeldes für das erste Eigenheim, das Genderverbot in der Verwaltung, die Aufnahme des Wolfes ins Jagdrecht, die Innenstadtoffensive zur Kriminalitätsbekämpfung, die Einführung der elektronischen Fußfessel für Frauenschläger, die beschlossene Videoüberwachung von Angsträumen, die in den Bundesrat eingebrachte und durchgesetzte IP-Adressdatenspeicherung, die Bezahlkarte für Flüchtlinge und unsere aktive Wirtschaftspolitik, die frische Investitionen in Milliardenhöhe von Unternehmen unter anderem in der Arzneimittelproduktion und in Rechenzentren befördert hat – all das sind Erfolge unserer christlich-sozialen Koalition für Hessen unter Führung der CDU.

Auf diesen Erfolgen ruhen wir uns nicht aus. Sicherheit hat weiterhin höchste Priorität. Und auch Familien und Kinder stehen weiter im Zentrum unserer Politik. Sorgen wir dafür, dass Eltern, Kinder und Familien die Gewinner in unserem Land sind. Auch das Schaffen und Sichern von Arbeitsplätzen und Wirtschaftskraft steht



Ministerpräsident Boris Rhein

bei uns ganz weit oben. Dazu setzen wir einen klaren Schwerpunkt auf Investitionen, Forschung, Technologie, Fachkräftegewinnung und Bürokratieabbau.

2026 wird für Hessens Städte, Gemeinden und Landkreise ein entscheidendes Jahr – für unsere Heimat Frankfurt gilt das ganz besonders. Wir stehen vor einer Richtungswahl am 15. März. Wir wollen in Frankfurt als CDU endlich die Verelendung des Bahnhofsviertels stoppen und die gescheiterte V-Ampel an der Stadtregerung ablösen! Die Vorbereitungen laufen auf Hochtouren: Gemeinsam mit unserem Frankfurt-Team werden wir einen modernen, frischen und erfolgreichen Wahlkampf führen. In Frankfurt haben wir – mit Dr. Nils Kößler an der Spitze – hervorragende Kandidatinnen und Kandidaten, die Frankfurt wieder zur Chancstadt machen werden.

Sie können sich auf unsere Unterstützung verlassen – im Bund, im Land und vor Ort in Frankfurt. Seit 80 Jahren sind wir als CDU für die Menschen im Einsatz: Rund um die Uhr für Hessen, 24/7 für Frankfurt.

Herzlich grüßt Sie

Ihr

Boris Rhein MdL  
Hessischer Ministerpräsident

# Politikwechsel mit der CDU Frankfurt

## SICHERHEIT UND SAUBERKEIT

- + Bei der Stadtpolizei 75 neue Stellen schaffen und die Kräfte dort einsetzen, wo sie gebraucht werden, etwa im BV, an Hot-Spots & verrufenen Orten
- + Zielgerichtete Videoüberwachung im öffentlichen Raum z.B. Alt-Sachs.
- + Schnelle Eingreiftruppe „Sauberkeit“ als Einheit der Stadtpolizei einrichten.
- + Bußgelder für Müllsünder erhöhen und konsequent durchsetzen.

## BILDUNG UND WISSENSCHAFT

- + Sanierungen und Neubauten für Schulen spürbar beschleunigen (klare Zeitpläne für Transparenz, Kompetenzen im Schulbau bündeln und kleinere Aufträge schneller vergeben).
- + Bislang ungenutzte Liegenschaften, die schon angekauft oder angemietet wurden, endlich für die schulische Nutzung bereitstellen.
- + Flexiblen Ganztagsangeboten statt verpflichtender Ganztagschule den Vorzug geben, weil nur das echte Wahlfreiheit sowie Vereinbarkeit von Familie und Beruf bedeutet.
- + Fachkräftemangel in Betreuung durch Anwerbungen im Ausland: jährliche Kontingente.

## VERKEHR UND LOGISTIK

- + Bei staubehafteten Straßen, auf denen neue Radwege abmarkiert wurden, objektive einjährige Messphase für alle Verkehrsarten durchführen und ergebnisabhängig korrigieren.
- + Ein strategisches Gesamtkonzept „Verkehrsinfrastruktur und Mobilität“ entwickeln und zugleich den Parkplatzabbau stoppen.
- + Einhaltung der Verkehrsregeln konsequent durchsetzen, unabhängig vom benutzten Verkehrsmittel = Basis eines funktionierenden + rücksichtsvollen Straßenverkehrs für alle.
- + Das U-Bahn-Netz erweitern: Lückenschluss bei U4, Verlängerung der U5 ins Europaviertel, Verlängerung der A-Strecke zur Sachsenhäuser Warte mit Bau eines P+R-Parkhauses.

## PLANUNG, WOHNEN, STÄDTEBAU

- + Städtisches Wohngeld für Menschen mit mittlerem Einkommen einführen und Sofortprogramm für neue Belegrechte auflegen.
- + Genehmigungsverfahren für den Ausbau von Dächern sowie Aufstockungen vereinfachen und beschleunigen, um Potenzial von 15.000 neuen Wohnungen zu bauen.
- + Baulandbeschluss aussetzen und später anpassen.
- + 40 offene B-Plan-Verfahren abschließen, auch mit Hilfe privater Büros.

## SOZIALES UND GESUNDHEIT

- + Sonderprogramm für sichere & attraktive Kinderspielflächen.
- + Förderprogramm „Digitaloffensive für Seniorinnen und Senioren“.
- + Ein Zentrum schaffen, das Drogenkranken hilft und die Chance auf ein neues Leben bietet.

## WIRTSCHAFT UND DIGITALISIERUNG

- + Neue Gewerbe- und Industrieflächen ausweisen sowie die bisherigen Industrie- und Gewerbegebiete wie z.B. „Samson“ und „Binding-Brauerei“ als solche erhalten.
- + Finanzplatz Frankfurt weiter stärken und gezielt in das Standortmarketing investieren, um Fachkräfte und Kapital für die Finanzindustrie zu gewinnen.
- + Verbesserung von Ankunft und Aufnahme der internationalen Fachkräfte, „Fast Lanes“ beim „Frankfurt Immigration Office“ (FIO) und weniger Bürokratie.
- + Finanzplatz Frankfurt weiter stärken und gezielt in das Standortmarketing investieren, um Fachkräfte
- + Systematischer Ausbau von Strom- und Glasfasernetz.

## KLIMASCHUTZ UND UMWELT

- + Schutz vor Starkregen und Hochwasser mittels weiterer Retentionsflächen im Stadtgebiet sowie an den Oberläufen der Fließgewässer erreichen.
- + Abwärme bestehender Rechenzentren stärker nutzen, bei neuen Anlagen regelhafte Nutzung für Fern- oder Nahwärme.

## BÜRGER, EHRENAMT, VEREINE

- + Große Feste, Fastnachtszüge, Stadtteil- und Vereinsfeste stärker unterstützen: Kosten für Sicherheit und Terrorabwehr von vornherein durch die Stadt übernehmen.
- + Rechtzeitig beantragte Veranstaltungen durch Genehmigungsfiktion erleichtern.

## KULTUR UND SPORT

- + Für die Städtischen Bühnen mit der „Kulturmeile“ eine angemessene Zukunftslösung verwirklichen, was eine solide und innovative Finanzierung einschließt.
- + Ereignisse aus Sport und Kultur auf dem Parkplatz P9 am Stadion realisieren.
- + Die Multifunktionshalle für bis zu 15.000 Zuschauer als zusätzlichen, aber notwendigen Ort für zentrale
- + Den Kulturcampus auf dem alten Unigelände in Bockenheim umsetzen und dabei das Juridicum durch einen Neubau ersetzen.

## DIVERSITÄT UND GLEICHSTELLUNG

- + Die Plätze in den Frankfurter Frauenhäusern erhöhen und die Anmietung von Wohnungen mit Notbetten für junge volljährige Frauen weiter fördern.
- + Ordnungskräften als Partner der Community.
- + Die Sicherheit von LSBTIQ verbessern, und zwar über das „Bermudadreieck“ hinaus, mit Polizei und
- + Uns konsequent gegen Antisemitismus einsetzen: Jüdisches Leben gehört zu Frankfurt und muss sichtbar, sicher und selbstbestimmt überall möglich sein.

## FINANZEN UND CONTROLLING

- + Den Hebesatz für die Grundsteuer B von derzeit 854,69 % wieder senken, um damit die erheblichen Wohnungskosten der Einwohner zu reduzieren.
- + Eine öffentlich zugängliche Datenbank einrichten, welche die nach Frankfurt eingeworbenen Fördermittel aufzeigt und nach Quelle wie Empfänger sortierbar ist.
- + Einen Schuldendeckel bei 5 Milliarden € einführen, einen Abbaupfad bei der städtischen Verschuldung einschlagen und in guten Jahren Rücklagen bilden.

# Statt ‚Aufbruch‘ nur Stückwerk geliefert

Zum Aus der Frankfurter Ampel-Koalition



**„Game over“ – nach der umstrittenen Entscheidung für ein Crack-Zentrum im Frankfurter Bahnhofsviertel, die SPD und Grüne mit Hilfe der linksextremen Fraktionen im Stadtparlament herbeigeführt haben, hat die FDP das Frankfurter Regierungsbündnis verlassen. Für den CDU-Fraktionsvorsitzenden Dr. Nils Köbler war das Aus der Frankfurter Ampelkoalition seit langem absehbar.**

„Streit und Stillstand haben dieses schwerfällige Bündnis geprägt und die Menschen in Frankfurt seit vielen Monaten verunsichert. Das Ende dieser Koalition ist daher keine Überraschung und Ähnlichkeiten mit dem der Ampel auf Bundesebene sind nicht zufällig“, so Köbler. 2021 sei in Frankfurt noch ein phänomenaler Aufbruch sondern gleichen versprochen worden. „Aber bei nahezu allen wichtigen Themen hat der Magistrat von Grünen, SPD, FDP und Volt nicht geliefert: Es fehlen weiter bezahlbare Wohnungen für die Menschen in unserer Stadt und Bebauungspläne werden auf die lange Bank geschoben. Notwendige Investitionen in den öffentlichen Nahverkehr und die Substanz unserer Infrastruktur sind zugunsten von Auto-Erziehungsprojekten wie am Oeder Weg drastisch verlangsamt worden.“

## Desaster bei den Schulen

Im Bildungsbereich folgte ein Desaster mit der zuständigen Dezernentin auf das nächste: überteuerte Mietverträge, überfüllte und kaputte Schulen bis hin zur völligen Arbeitsverweigerung der Stadträtin

bei den maroden Berufsschulen. Frankfurt kommt bei all diesen Themen nicht aus den Schlagzeilen!“ Auch beim Bahnhofsviertel habe die Koalition bis heute keine echte Wende zum Besseren erreicht. „Nur das Land Hessen trägt dort seinen Teil zu einer Lösung bei.“ Der CDU-Fraktionsvorsitzende verweist außerdem auf die jährlich steigende Verschuldung der Stadt, bei der die Koalition trotz immer neuer Gewerbesteuerrekorde keine Trendumkehr angestrebt habe. „Ein Konzept zum Abbau des Frankfurter Schuldenbergs ist bis heute nicht vorgelegt worden.“

## Gigantische Wählertäuschung

„Nein“, fasst Köbler zusammen, „ein belastbares und leistungsfähiges Bündnis war diese Frankfurt-Ampel nicht. Immer, wenn es zum Schwur gekommen ist, etwa bei der Waffenverbotszone, beim Masterplan Mobilität oder jetzt beim Crack-Zentrum, haben sich einzelne Koalitionspartner in die Büsche geschlagen. So kann man nicht effektiv zusammenarbeiten. Die Bilanz nach vier Jahren ist ernüchternd: Diese Koalition geht als die größte Wählertäuschung der Frankfurter Kommunalpolitik in die Geschichte ein.“

(red)

## Wie Sie uns digital erreichen:

### Abonnement des Newsletters:

[www.cdu-fraktion-frankfurt.de/newsletter](http://www.cdu-fraktion-frankfurt.de/newsletter)

Natürlich finden Sie unsere Infos auch auf der Webseite und in den Sozialen Medien:

 [www.cdu-fraktion-frankfurt.de](http://www.cdu-fraktion-frankfurt.de)

 [info@cdu-fraktion-frankfurt.de](mailto:info@cdu-fraktion-frankfurt.de)

 [facebook.com/cdufraktionffm](https://facebook.com/cdufraktionffm)

 [Instagram.com/cdufraktionffm](https://Instagram.com/cdufraktionffm)

 [x.com/cdufraktionffm](https://x.com/cdufraktionffm)

# Verkehrspolizei stärken

## CDU fordert mehr Stellen und Neuausrichtung der Ordnungskräfte

Der verkehrspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Frank Nagel, fordert den Magistrat auf, die Personalsituation bei der städtischen Verkehrspolizei zur Kontrolle des ruhenden Verkehrs zu verbessern. „In der Frankfurter Bevölkerung wächst der Unmut über Verkehrsgefährdungen, etwa durch auf Gehwegen oder in Feuerwehruzufahrten geparkte Autos. Aber auch Falschparker auf Anwohnerparkplätzen nehmen zu. Insbesondere in Wohngebieten sieht man nicht einen städtischen Verkehrspolizisten. Auch wenn es ohne Zweifel eine größere Problemdichte in der Innenstadt gibt, die städtische Verkehrspolizei ist für die gesamte Stadt gegründet worden und hat diesen Auftrag für die Bürger sichtbar wahrzunehmen.“

Die Überwachung des ruhenden Verkehrs ist eine kommunale Aufgabe. Die Landespolizei kann nur ersatzweise tätig werden, etwa bei akuter Gefährdungslage oder wenn sie im Rahmen anderer Einsätze Verstöße feststellt. „Umso wichtiger ist eine funktionierende und personell



Bild: Frank Nagel

Kontrollen der städtischen Verkehrspolizei

gut aufgestellte städtische Verkehrsüberwachung. Wir haben den Eindruck, für diesen Teil seines Zuständigkeitsbereiches hat Mobilitätsdezernent Wolfgang Siefert (Grüne) überhaupt keine Antenne. Der Magistrat muss hier seiner Verantwortung nachkommen und dafür sorgen, dass auch außerhalb des Alleenrings erkennbar und effektiv kontrolliert wird. Das geht nur mit mehr Personal und richtiger politischer Führung“, so Nagel.

(red)

# Wann kommen die neuen Straßenbahnwagen?

Bild: eLUF



Im Frankfurter Fahrgastbetrieb bisher nicht bewährt: Straßenbahnwagen der neuen T-Reihe

## CDU-Fraktion fordert verbindliche Strategie zur Umsetzung der geplanten Zusatz-Linien

Aufgrund des quälend langsamen Verfahrens zur Lieferung zuverlässiger T-Wagen durch den Hersteller Alstom an die Frankfurter Verkehrsgesellschaft VGF, macht die CDU für Verbesserungen beim Straßenbahnangebot Druck. „Die Beschaffung von zusätzlichen Straßenbahnwagen ist eine der Voraussetzungen, um die im Nahverkehrsplan 2025+ vorgesehenen Ausweitungen des

Straßenbahnangebots verwirklichen zu können. Das Debakel mit den mangelbehafteten neuen T-Wagen bringt die Umsetzung der geplanten neuen Linien in Verzug. Wir brauchen jetzt bald Klarheit über einen Liefertermin der zulassungsfähigen Trambahnwagen – dann können endlich mehr Verbindungen angeboten werden!“, erklärt der verkehrspolitische Sprecher, Frank Nagel.

Geplant sind unter anderem die neuen Straßenbahnlinien 20 (Niederrad–Hauptbahnhof–Messe–Rebstockbad) und 13 (Industrie- und Messe–Hauptbahnhof–Heilbronner Straße). „Neue Straßenbahnwagen sind auch nötig, um die alten, nicht klimatisierten R-Wagen und die nicht barrierefreien P-Wagen ersetzen zu können“, erläutert der CDU-Verkehrsexperte. Nagel sieht Verkehrsdezernent Wolfgang Siefert (Grüne) jetzt in der Pflicht, eine verbindliche Strategie vorzulegen, wie die neuen Linien Schritt für Schritt in Betrieb gehen können. „Das Debakel um die T-Wagen ist kein Aushängeschild für den Frankfurter öffentlichen Nahverkehr, der dringend attraktiver werden muss. Die Rest-Koalition im Magistrat muss jetzt schnell Ergebnisse liefern!“

(red)

# Städtische Eigentumsrechte durchsetzen

*CDU fordert konsequentes Vorgehen des Magistrats bei Hausbesetzungen*

Der sicherheitspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Martin-Benedikt Schäfer, fordert den Magistrat auf, Hausbesetzungen wie im Falle des im städtischen Eigentum befindlichen Ladenlokals in der Lahnstraße 1 im Stadtteil Gallus nicht mehr zu dulden. „Hausbesetzung ist kein Kavaliersdelikt. Der Magistrat muss hier grundsätzlich sofort Strafanzeige und ein Räumungsbegehren stellen. Es ist mittlerweile wirklich skandalös, dass die zuständige Stadträtin Sylvia Weber (SPD) immer wieder Besetzungen von städtischen Gebäuden durch ‚Aktivisten‘ duldet, und dies – wie etwa in der Jordanstraße 3 – über mehrere Jahre. Das Vorgehen der Hausbesetzer ist Nötigung zu Lasten der Menschen in Frankfurt, die regelmäßig ihre Steuern an die Stadt zahlen. Was Sylvia Weber hier begünstigt, ist Schädigung städtischen Eigentums!“

Ein zunehmender Ansatzpunkt für Hausbesetzer sind Schäfer zufolge die in der Zuständigkeit Webers schlecht verwalteten Liegenschaften der Stadt. Dieser neueste Vorfall zeige, wozu langfristiger Leerstand führen kann:

„Dann kommen die sogenannten Aktivisten und besetzen mit politischer Zielsetzung die Liegenschaft. Wir fordern Stadträtin Weber auf, das schon 2019 über ein Vorkaufsrecht erworbene Gebäude zu sanieren und einer neuen Nutzung mit ordentlichen Verträgen und angemessenen finanziellen Erträgen zuzuführen. Oberbürgermeister Mike Josef (SPD) hat ihr dazu jetzt die Wohnungsbaugesellschaft ABG an die Seite gestellt, die ihr Handwerk versteht. Wir können es uns in Frankfurt nicht leisten, potentiellen Wohn- und Gewerberaum im Eigentum der Stadt über Jahre hinweg einfach leer stehen zu lassen!“ (red)



Foto: Kochsiek

Hausbesetzung ist rechtswidrig

# Der Magistrat hat sich vorführen lassen

*Ein Aktivisten-Camp wie im Grüneburgpark darf sich nicht wiederholen*

Nach dem Aktivisten-Camp im Grüneburgpark übt der CDU-Fraktionsvorsitzende Dr. Nils Köbler scharfe Kritik am Frankfurter Magistrat: „Der Magistrat der Stadt Frankfurt hat sich hier von einer verfassungsfeindlichen linksextremen Szene vorführen lassen. Das Camp hätte mit guten juristischen Argumenten in dieser Form verhindert werden können. Ein Blick in die Akten des Sicherheitsdezernates zu den Vorgängen rund um

das ‚Occupy-Camp‘ 2012 hätte genügt. Wir bezweifeln nach wie vor, dass aus dem Versammlungsrecht ein Anspruch auf zwölf Tage politisches Gratis-Zeltlager in einem Park folgt. Erschreckend ist, dass Ordnungsdezernentin Annette Rinn (FDP) nicht einmal den Versuch gemacht hat, dieses Aktivisten-Camp in dem größten Frankfurter Naherholungspark abzuwenden und den Rechtsweg dazu zu beschreiten. Umweltdezernentin Tina Zapf-Rodriguez (Grüne) und ihre vier Parteifreunde im Magistrat zeigen jetzt wohlfeil auf die FDP-Frau, haben aber gegen vorherige Bedenken aus der Verwaltung die Veranstaltung zunächst zugelassen und keinen Einspruch erhoben. Nachdem es aus dem Camp heraus klare antisemitische Aktionen gegeben hat, schlugen sich die Grünen auf einmal in die Büsche und wollen keine Verantwortung übernehmen. Oberbürgermeister Mike Josef (SPD) an der Spitze der Stadt hat dem schlechten Spiel und vor allem den israelfeindlichen Zeichensetzungen im Camp viel zu lange zugesehen und damit keine überzeugende politische Führung für Frankfurt gezeigt. Wir fordern klar: das darf sich in Frankfurt nicht wiederholen!“ (red)



Protestcamp in Grüneburgpark

Foto: commons.wikimedia/DIW7b23



Die Prinzipien der IGS Süd als Gemälde an der Hauswand. Unterricht wie bisher ist in dem Gebäude dahinter nicht mehr möglich.

## Nicht weiter verzetteln, sondern zielgerichtet vorgehen

*CDU-Fraktion fordert im Schulbau eine konsequente Fokussierung der Ressourcen*

**Wenig schmeichelhaft, was ein großes Boulevard-Blatt kürzlich titelte: „Das ist Deutschlands kaputtteste Vorzeigschule“. Gemeint ist das Schulgebäude der IGS Süd in Frankfurt, das schon lange marode ist. Die Sanierung ist jetzt zu lange hinausgezögert worden: Eine Untersuchung hat ergeben, dass Einsturzgefahr besteht. Deshalb musste die Hälfte der Schule in einem weit entfernten Stadtteil ausgelagert werden. Es ist die Eisberg-Spitze des schulpolitischen Desasters, das Bildungsdezernentin Sylvia Weber (SPD) zu verantworten hat.**

Die bildungspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, Sara Steinhardt, fordert Weber schon seit langem auf, beim Thema „Bau und Sanierung von Schulen“ endlich konzentriert Projekte umzusetzen. „Die Stadträtin verzettelt sich seit Jahren mit immer neuen Projekten anstatt zielgerichtet die dringendsten Bauvorhaben – wie die IGS Süd – umzusetzen. Auch die Schulbauoffensive kommt seit einem Jahr nicht aus den Startblöcken. Kein Wunder, wenn allein für 2024 und 2025 56 Großbauprojekte gleichzeitig umgesetzt werden sollen. Informationen zu Koordination, Ablauf- und Zeitplänen fehlen. Für die Schulsanierungsoffensive sind weitere 30 Projekte vorgesehen. Das ist keine Priorisierung, sondern bloße Absichtserklärung. Eltern, Lehrkräfte und Schüler in Frankfurt sind einfach nur enttäuscht.“

### Eltern, Lehrer und Schüler sind enttäuscht

Mit einem Grundsatz- und Strategiebeschluss richtet die CDU-Fraktion einmal mehr den Fokus auf den anhaltenden Stillstand in der Frankfurter Schulpolitik.

„Stadträtin Weber muss endlich umsetzen, was sie angekündigt. Wo bleibt die Webseite mit den transparenten Informationen und Zeitplänen zur Schulbauoffensive? Dazu passt leider, dass im vergangenen Haushaltsjahr 2024 von den 470 Mio. Euro, die im Bildungshaushalt für Investitionen zur Verfügung standen, nur 124 Mio. Euro ausgegeben wurden – das sind nicht einmal 30%“, so Steinhardt.

### Marode Schulen trotz voller Kassen

Für die Stadtverordnete scheidet es also nicht am Geld, das auch der Oberbürgermeister immer wieder gerne verspricht, sondern an der konkreten, handwerklichen Umsetzung im Bildungsdezernat, das die zuständigen Ämter beauftragen, koordinieren und ihnen die notwendigen Mittel zur Verfügung stellen muss. „Das ist Führungsversagen auf einem für die Daseinsvorsorge in Frankfurt wesentlichen Arbeitsfeld der Kommunalpolitik“, so Steinhardt. Für die CDU-Fraktion, so die Bildungspolitikerin, müsse Sanierung und Ausbau bestehender Schulen und angemieteter Liegenschaften jetzt oberste Priorität haben. „Das heißt vor allem: Lange geplante Neu- oder Umbauten an bereits gesicherten Standorten wie etwa Ben-Gurion-Ring, Postgiroamt, FIAT- oder FAZ-Areal müssen Vorrang vor neuen Grundstückskäufen erhalten. Die Entwicklung eines Schulbauvorhabens dauert von der Projektidee bis zum Baubeginn derzeit im Schnitt acht Jahre. Das ist zu lang. Nur eine konsequente Fokussierung der Ressourcen mit sorgfältiger Planung und effektiver Finanzierung bringt den dringend benötigten Schulbau voran“, so Steinhardt.

Foto: Döntworry



Petra Roth 2009 bei der Verleihung des Friedenspreises des deutschen Buchhandels in der Frankfurter Paulskirche.

# Petra Roth hat Frankfurt gutgetan!

*Der Sieg bei der ersten OB-Direkt-Wahl 1995 überraschte alle*

**Dieser Wahlsonntag brachte eine Sensation: Vor 30 Jahren, am 25. Juni 1995, ist Petra Roth zur Frankfurter Oberbürgermeisterin gewählt worden – der zauberhafte Beginn einer Erfolgsgeschichte.**

Zum ersten Mal in der Geschichte stand eine Frau an der Spitze der Stadt – als strahlende Nachfolgerin der OBs Hauff und von Schoeler, die beide an ihrer Partei und den Grünen gescheitert waren. Mit 51,9 % ging sie unerwartet aus dem ersten Wahlgang als klare Siegerin hervor. Mit dem Motto „Die neue Chance, Frankfurt: Petra Roth!“ hatte sie die Stadt positiv in den Mittelpunkt ihrer Kampagne gestellt und versprochen, aus Ideen Taten werden zu lassen.

Der CDU-Partei- und Fraktionsvorsitzende Dr. Nils Köbler erinnert an die Anfänge und den Wahlkampf: „Einen Nerv hatte sie mit dem Thema Sauberkeit getroffen und mit symbolischen Frühjahrsputz-Aktionen gepunktet. Ihr war und ist wichtig: Nur eine saubere Stadt ist eine sichere Stadt, in der es sich gut arbeiten und leben lässt. Von diesem Punkt aus ist sie nach dem fulminanten Wahlsieg an die Arbeit gegangen.“

### Sauberkeit wurde Chefsache

Die neue Oberbürgermeisterin hatte zunächst keine parlamentarische Mehrheit hinter sich. „Mit ersten, auch von den Medien und den Bürgern anerkannten Bravourstücken hat sie sich trotzdem schnell als führungsstarkes Stadtoberhaupt präsentiert. Sie hat die

Sauberkeit zur Chefsache gemacht, ging neue Wege in der Drogenpolitik und stellte als Bühnendezernentin den in finanzielle Schieflage geratenen Frankfurter Kulturbetrieb auf eine neue, wie wir heute wissen: nachhaltige Erfolgsgrundlage. Der Rest ist Geschichte!“, so Köbler, der auf ihre zweimalige Wiederwahl und ihre drei Amtszeiten als Präsidentin des Deutschen Städtetages hinweist: „Der Blick auf diesen langen Zeitabschnitt unterstreicht die hohe Popularität und das bundesweite Ansehen dieser beliebten Kommunalpolitikerin, die nach wie vor eine unglaubliche Fähigkeit besitzt, Menschen aus allen Lebensbereichen anzusprechen und für Frankfurt zu begeistern.“

### Weltoffenes Frankfurt

Nach den Worten Köblers habe Roth über fast zwei Jahrzehnte Frankfurt gutgetan: „Die Wahrung des sozialen Friedens in der Stadt war ihr sehr wichtig, und das weltoffene und integrationsstarke Frankfurt hatte mit ihr die richtige Repräsentantin. Dazu stehen die Ansiedlung der Europäischen Zentralbank, die Erfolgsgeschichte des Industrieparks Höchst, die Erweiterung des Flughafens, der Bau der Stadtteile Riedberg und Europaviertel, die Neugestaltung der Mainuferpromenade und der Wiederaufbau der Frankfurter Altstadt als griffige Beispiele für die von Erfolg gekrönte Politik mit Petra Roth an der Spitze der Stadt. Ihre lange und überaus erfolgreiche Amtszeit begann vor 30 Jahren – sie bleibt uns als CDU Beispiel und Ansporn für die richtige Politik in der Großstadt.“ (jr)

Noch haben wir Zeit:

# Sicherheitspolitik muss Teil der Kommunaldebatte werden

Foto: Tobias Koch



Martin-Benedikt Schäfer, sicherheitspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion

*'s ist Krieg! 's ist Krieg!  
O Gottes Engel wehre,  
Und rede Du darein!  
's ist leider Krieg – und ich begehre,  
Nicht schuld daran zu sein!*

Was Matthias Claudius einst formulierte, beschreibt unsere Gegenwart – zumindest die wechselseitigen Schuldzuweisungen aktueller Konflikte. Dennoch: Deutschland lebt nicht im Krieg, Angst und Sorge sind nicht angemessen. Dass der Einzelne, auch in Frankfurt, seinen Beitrag zum Schutz, zur Sicherheit und zum Gemeinwohl leisten kann, geht aus diesem Interview mit Martin-Benedikt Schäfer, dem sicherheitspolitischen Sprecher der CDU-Fraktion hervor. Wir wollten wissen: Wie und wer schützt eigentlich Frankfurt?

## **Ob in Israel oder in der Ukraine: Sirenen warnen. Wer warnt in Frankfurt?**

Martin-Benedikt Schäfer: „In Frankfurt gibt es derzeit – außer in den Industrieparks – keine Sirenen. Die Menschen können nur über das Handy und die Medien gewarnt werden. Der Ausbau eines flächendeckenden Sirennetzes ist dringend erforderlich, da dies die schnellste und effektivste Möglichkeit ist, vor Gefahren zu warnen. Zivilschutz darf nicht dem Zufall überlassen werden. Frankfurt muss hier zum Schutz seiner Bürger vorangehen.“

## **Wie arbeiten die verantwortlichen Behörden und Strukturen zusammen?**

Martin-Benedikt Schäfer: Grundsätzlich gibt es dort einen guten Austausch. Entscheidend ist, dass alle Akteure – von Einsatzkräften über die Bundeswehr bis zur Stadtverwaltung – regelmäßig gemeinsam üben, um im Ernstfall vorbereitet zu sein. Bei diesen Übungen müssen alle möglichen Szenarien geübt werden, insbesondere hybride Bedrohungen, bei denen staatliche Strukturen, kritische Infrastruktur und die Gesellschaft durch Desinformationen, Cyberangriffe und Sabotage angegriffen werden. Diese Angriffe sind nicht etwa Teil einer düsteren Prognose, sondern tagtäglich Realität in Deutschland.

## **Wo finden wir im Ernstfall Schutz?**

Martin-Benedikt Schäfer: Frankfurt verfügt derzeit nicht für den Zweck des Zivilschutzes nutzbare Schutzräume. Deshalb ist es so wichtig, endlich zu handeln. Nicht nur Bunker bieten Schutz, auch U-Bahn-Schächte, Tiefgaragen und Kellerräume können entsprechend ausgerüstet werden und so als Schutzräume für die Bevölkerung dienen.

## **Wie sind die Krankenhäuser vorbereitet?**

Martin-Benedikt Schäfer: Für die Krankenhäuser gilt das Gleiche wie für die staatlichen Akteure, sie müssen sich auf die unterschiedlichsten Bedrohungen einstellen und häufiger üben. Übrigens, auch Krankenhäuser werden selbst bereits jetzt regelmäßig Opfer von Cyberattacken.

## **Nehmen wir an, das Militär muss eingreifen.**

Martin-Benedikt Schäfer: In Frankfurt gibt es, wie in jeder anderen Stadt, ein Kreisverbindungskommando der Bundeswehr. Dieses dient als Schnittstelle zwischen der Bundeswehr und der zivilen Verwaltung und berät bei Katastrophen und anderen Schadenslagen die zivilen Katastrophenschutzstäbe. Gemeinsam wird geklärt, ob und mit welchen Mitteln die Bundeswehr vor Ort unterstützen kann. Daneben ist es wichtig, eine funktionierende Verkehrsinfrastruktur sicherzustellen, auf diese ist im Ernstfall sowohl die Bevölkerung als auch die Bundeswehr zwingend angewiesen.

## **Vorstellbar ist das Flughafen und/oder Bahnhof gesperrt werden, dass ein Fahrverbot ausgesprochen wird oder dass es zu einem Angriff, beispielsweise auf unsere Wasserversorgung gibt. Was dann?**

Martin-Benedikt Schäfer: Die Bundeswehr hat nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine den „Operationsplan Deutschland“ aufgestellt. Kernelement ist die zivil-militärische Interaktion zur gegenseitigen gesamtstaatlichen Unterstützung. Es geht dabei einerseits um die militä-

rische Unterstützung der Zivilverteidigung, gleichzeitig aber auch um den zivilen Beitrag zu den militärischen Verteidigungsplanungen. Ziel ist es, die territoriale Integrität Deutschlands und seine Bürger zu verteidigen sowie den Aufmarsch alliierter Streitkräfte durch Deutschland an die NATO-Ostflanke sicherzustellen.

**Und was muss, was kann jeder Einzelne tun?**

Martin-Benedikt Schäfer: Wir alle müssen uns auf neue Realitäten und Gefahren einstellen. Jeder kann einen Beitrag für den Zivilschutz leisten, indem er vorsorgt und in einem gewissen Umfang Lebensmittel, Wasser, Medikamente usw. bevorratet. Auf der Seite des Bundesamts für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe findet sich eine entsprechende Checkliste. Eine Gesellschaft, die vorbereitet ist, schreckt potenzielle Angreifer ab und reduziert damit auch die Wahrscheinlichkeit eines Angriffs. Gleichzeitig bauen eine gute Vorbereitung und eine offene Debatte zu diesen Themen auch Ängste ab.

**Welchen Beitrag muss die Frankfurter Stadtpolitik leisten?**

Martin-Benedikt Schäfer: Sicherheitspolitik beginnt nicht in Brüssel oder Berlin, sondern vor Ort, in den Städten und Gemeinden. Deshalb müssen wir den Zivilschutz wieder zum selbstverständlichen Teil der kom-

munalpolitischen Debatte machen. Auch Frankfurt trägt hier konkrete Verantwortung – zum einen gegenüber seinen Bürgern und zum anderen zusammen mit Land und Bund gegenüber unseren NATO-Verbündeten. Deshalb muss die Stadt schnellstmöglich damit beginnen, Kataster geeigneter Schutzräume zu erstellen, ein flächendeckendes Sirennennetz aufbauen, Flucht- und Schutzkonzepte zu aktualisieren und die Bürger gezielt über Vorsorge und Verhalten im Ernstfall informieren. Wir als CDU haben zu diesen Punkten bereits konkrete Vorschläge gemacht und werden dies auch in Zukunft tun.

**Gibt es einen beruhigenden Aspekt der Debatte um unsere Sicherheit?**

Martin-Benedikt Schäfer: Wir alle hoffen, dass es nie zum Ernstfall kommt. Aber sollte es dazu kommen, werden wir dankbar sein, wenn wir uns gut vorbereitet haben und dazu kann jeder einen Beitrag leisten. Deshalb müssen wir unsere Bundeswehr kriegstüchtig machen – Frieden, Freiheit und Sicherheit gibt es nicht zum Nulltarif. Außerdem müssen wir unser gesamtgesellschaftliches Mindset und unsere Denkweise auf die neuen Herausforderungen anpassen. Politik, Wirtschaft und die gesamte Gesellschaft müssen resilienter werden. Noch haben wir Zeit dafür, also sollten wir sie auch nutzen.

Das Gespräch führte Claudia Korenke

*An der Grenze zu Russland:*

# Tanja Jost MdL lädt Estlands Honorarkonsulin zu brisanter Veranstaltung bei der CDU Praunheim

Foto: Daniel Rhinow



v.l.n.r. Astrid von der Malsburg Honorarkonsulin Estlands, Praunheims CDU-Vorsitzender Christoph Hertig, Initiatorin Tanja Jost MdL

Die richtige Veranstaltung zur richtigen Zeit: Die Initiative von Tanja Jost, MdL beim Praunheimer Sonntagskaffee gemeinsam mit Astrid von der Malsburg, Honorarkonsulin Estlands, die Bedrohung der baltischen Staaten durch Russland darzustellen stieß auf lebhaftes Interesse beim Publikum. Dabei war das Anliegen unserer Landtagsabgeordneten nicht nur, die Situation Estlands, Lettlands und Litauens zu schildern, sondern auch die Teilnehmer der Veranstaltung zu sensibilisieren: Die komfortablen Jahrzehnte mit Frieden, Freiheit, Prosperität seien vorbei. Unser Land und die Bürger, so die Referentinnen, haben sich auf schwierigere Zeiten einzustellen. Dass dies in Estland mit seinen 300 Kilometern russischer Grenze der Fall ist, scheint naheliegend. Aber auch die Frankfurter müssen ein neues Bewusstsein für die Weltlage entwickeln. Tanja Jost hat dieses Bewusstsein bewiesen durch ein einwöchiges Trainingscamp bei der Bundeswehr in Hammelburg. Dass Estland mit seiner Freiwilligenarmee, der digitalen Resilienz, der Rolle als host nation für die NATO hochsensibel ist, schilderte Astrid von der Malsburg eindrücklich.

(kor)

Foto: Dentworry



Hoch auf dem queeren Wagen: v.l.n.r.: Sarah Steinhardt, Ines Claus, Verena David

# Nie wieder still – Frankfurt ist #LAUT!

## *Mein Rückblick auf den CSD*

Als queerpolitische Sprecherin der CDU im Römer ist der Christopher Street Day für mich nicht nur ein Termin im Kalender, sondern ein Auftrag. Unter dem diesjährigen Motto „Nie wieder still – Frankfurt ist #LAUT!“ hat Frankfurt ein starkes Signal gesetzt: gegen Diskriminierung, für Respekt und für die Freiheit, so zu leben, wie wir sind.

Der Tag begann für mich mit einem besonderen Höhepunkt: Ich durfte beim Hissen der Regenbogenflagge auf dem Balkon des Römers dabei sein. Dieser spontane Moment hat mich sehr bewegt, gerade vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen Debatten darüber, welche Flaggen auf öffentlichen Gebäuden wehen dürfen. Für mich war es ein klares Signal: Frankfurt steht sichtbar für Vielfalt und Respekt.

Im Anschluss zog die große Demonstration vom Römerberg los. Erstmals fand das Communityfest am Mainufer zwischen Untermainbrücke und Eiserner Steg statt. Der neue Standort bot mehr Platz, eine eindrucksvolle Kulisse und eine noch stärkere Sichtbarkeit. Schon beim Start der Parade wurde klar: Frankfurt ist laut – und das im besten Sinne. Rund 15.000 Menschen haben gefeiert, demonstriert und gezeigt, dass Vielfalt in unserer Stadt gelebt wird.

Es war ein besonderes Erlebnis, erneut auf dem Wagen der LSU – der Lesben und Schwulen in der Union – dabei zu sein. Gemeinsam mit rund 70 Mitstreiterinnen und Mitstreitern, darunter auch die Fraktionsvorsitzende im Hessischen Landtag, Ines Claus, sowie der Generalsekretär der CDU Hessen, Leopold Born, haben wir ein starkes Si-

gnal gesendet: Die Union steht sichtbar an der Seite der Community. Als wir durch die Straßen fuhren, begleitet von Musik und dem Jubel der Menschen, wurde spürbar: Politik wird hier nicht abstrakt diskutiert, sondern mitten in unserer Stadt gelebt.

Doch der CSD ist nicht nur ein Fest. Er erinnert daran, dass gleiche Rechte hart erkämpft wurden – und dass es noch viel zu tun gibt. Der Kampf gegen queerfeindliche Gewalt, die Anerkennung von Regenbogenfamilien und der Schutz queerer Jugendlicher sind Themen, die uns auch im Römer weiter beschäftigen werden. Der CSD macht diese Themen sichtbar und verleiht ihnen die Aufmerksamkeit, die sie verdienen.

Als queerpolitische Sprecherin nehme ich aus diesem CSD Rückenwind mit: Wir dürfen nicht still werden, wenn es um gleiche Rechte und um die Bekämpfung von Diskriminierung geht. Die Stimmen, die am Mainufer laut geworden sind, tragen wir in die politischen Gremien weiter – damit aus bunten Transparenten konkrete Politik wird.

Mein Fazit: Der CSD 2025 war laut, bunt und stark – auch wenn er für mich abrupt endete. Doch gerade das macht ihn unvergesslich. Er erinnert mich daran, warum ich Politik mache: Damit wir in Zukunft nicht unterbrochen werden, wenn es darum geht, unsere Rechte und unsere Freiheit zu verteidigen.

Nie wieder still. Frankfurt ist #LAUT – und ich bin stolz, meinen Teil dazu beitragen zu dürfen.

Verena David



Jakob Seubert

# Schulstartaktion der Jungen Union Frankfurt

## Neues Schuljahr, neue Baumängel: Frankfurts Schulen brauchen den Politikwechsel!

Schwarzer Schimmel in der Walter-Kolb-Schule, Stromausfälle in der Goldsteinschule, Nagerbefall in der Viktor-Frankl-Schule - die Liste der Mängel an Frankfurter Schulen ist lang. Doch mit dem Betretungsverbot der IGS Süd, das noch während der Sommerferien ausgesprochen wurde, ist ein neuer Tiefpunkt erreicht. Grund genug für die Junge Union Frankfurt, ihre traditionelle Schulstartaktion am ersten Tag nach den Sommerferien am Hessenkolleg in Bockenheim, in das die Hälfte der IGS Süd zwangsverlagert wurde, stattfinden zu lassen.

Schon 2014 warnte ein Gutachten vor der maroden Bausubstanz des alten Schulgebäudes in Sachsenhausen. Der geplante Neubau wurde immer wieder verschoben. Die Schüler lernten weiter - zwischen 500 Metallstützen, die das Gebäude notdürftig stabilisierten. Dann der Schock kurz vor den Sommerferien: Einsturzgefahr, komplette Evakuierung. Eltern und Kinder erfahren davon erst über einen Monat später. Für die gesamte Unterstufe der Integrierten Gesamtschule, die eigentlich Wert auf jahrgangsübergreifendes Lernen setzt, startete das neue Schuljahr nun 5 Kilometer weit entfernt - per Shuttlebus quer durch die Stadt.

Vor Ort sorgten Mitglieder der JU Frankfurt dann vor Schulbeginn um 8 Uhr morgens zumindest für etwas Nervennahrung, die sowohl von Schülern als auch Eltern und Lehrern dankbar angenommen wurde. Unterstützung für die Schüler gab es darüber hinaus auch in Form von JU-Stundenplänen und Lehrersprüche-Bingos. Mit Stickern auf den Schulstarttüten wurde zudem auf das politische Versagen des Magistrats der Stadt Frankfurt und insbesondere Dezernentin Sylvia Weber aufmerksam gemacht.

Obwohl der Bildungsdezernentin seit letzter Legislaturperiode zusätzlich das Amt für Bau und Immobilien untersteht, konnte der Sanierungsstau in den Frankfurter Schulen in Milliardenhöhe bislang nicht abgebaut werden. Gleichzeitig lässt die Stadt vermehrt städtischen Wohnraum leerstehen und duldet im Namen des Dezernats - zuletzt im Falle des besetzten Hauses im Gallus - immer wieder illegale Besetzungen. Während die JU Frankfurt den Schülerinnen und Schülern der IGS Süd trotz aller Umstände viel Erfolg für die weitere Schullaufbahn wünscht, fällt das Zeugnis für die Frankfurter Bildungsdezernentin leider negativ aus: Frau Weber, Sie sind versetzungsgefährdet!

Tom Rausch

# Wie arbeitet ein Fachausschuss?

Die CDU Frankfurt hat 12 Fachausschüsse, die sich mit unterschiedlichen Sachgebieten beschäftigen. Ihr Auftrag ist es, aufgrund ihrer Expertise die Partei in kommunalpolitischen Themenbereichen zu informieren - so sind sie Foren für die Parteimitglieder. Derzeit sind es 12 Fachausschüsse, die die Belange der Stadt analysieren und aufarbeiten. In loser Folge wollen wir ihre Arbeit skizzieren. Zunächst betrachten wir den Fachausschuss Verkehr.



Foto: Tobias Koch

Leitet den Fachausschuss:  
Frank Nagel, verkehrspolitischer Sprecher Fraktion



## Erreichbar statt ideologisch: Frankfurts Mobilität nicht im Gleichgewicht

Unser Fachausschuss heißt seit dieser Wahlperiode „Verkehr, Mobilität und Logistik“. Der breite Zuschnitt passt zur Großstadt-CDU. Seit über acht Jahren tagen wir mindestens monatlich; die Unterarbeitskreise zu ÖPNV, Rad- und Fußverkehr sowie Wirtschaftsverkehr/Logistik arbeiten teils öfter. Das Ziel ist klar: komplexe Fragen zu Erreichbarkeit, Sicherheit und Wirtschaftsverkehren lösungsorientiert aufbereiten und in die Programmatik der CDU Frankfurt einbringen.

### Aktuell setzen wir fünf Schwerpunkte:

**Erstens:** Erreichbarkeit der Innenstadt mit vernetzten, datenbasierten Konzepten – statt Insellösungen. Entscheidungen etwa zu Mainkai und Berliner Straße müssen Handel, Pendler und Anwohnerschaft gleichermaßen im Blick behalten.

**Zweitens:** mehr Sicherheit im Fußverkehr – bessere Querungen, gute Beleuchtung, Barrierefreiheit; zügige Umsetzung statt bloßer Planung.

**Drittens:** Baustellen und Großprojekte (z. B. Bockenheimer Landstraße) mit klaren Umleitungen, angepasster Ampelsteuerung und verständlicher Beschilderung; Priorität haben Sicherheit, stabile ÖPNV-Angebote und Erreichbarkeit.

**Viertens:** den Masterplan Mobilität weiterentwickeln – Umland-Pendler mitdenken, alle Verkehrsarten fair berücksichtigen, Prioritäten klar benennen.

**Fünftens:** Radwegeausbau, aber mit Augenmaß – Ausbau ja, mit Monitoring, Dialog und Nachsteuerung, damit Gewerbe, Lieferverkehre und Rettungswege funktionieren, u. a. an Eschersheimer Landstraße und Berliner Straße.

Wir arbeiten dialogoffen, faktenbasiert und pragmatisch. Wer mitwirken möchte, ist herzlich willkommen: Praxisimpulse aus Stadtteilen, Wirtschaft und Zivilgesellschaft sind ausdrücklich erwünscht.

Frank Nagel

# Besuch der Börsen-Zeitung

*Fachausschuss „Finanzplatz & Kapitalmarkt“ und CDU Ostend*

Die „Börsen-Zeitung“ ist seit Jahrzehnten eine der am meisten beachteten Pressestimmen des Finanzplatzes Frankfurt und darüber hinaus. Sie gehört zur „WM Gruppe“ mit Sitz in Frankfurt, die 450 Beschäftigte zählt.

Im vergangenen Jahr ist die „WM Gruppe“ samt Börsen-Zeitung vom Bahnhofsviertel ins Ostend umgezogen. Den Umzug haben die Co-Leiter des Fachausschusses „Finanzplatz & Kapitalmarkt“ der CDU Frankfurt, Carsten von Drathen und Simon Müller, und der Vorsitzende der CDU Ostend, Leopold Born, diesen Juni zum Anlass für einen Austausch mit der Redaktion der Börsen-Zeitung in ihren neuen Räumlichkeiten genommen. Für die Redaktion standen der Chefreporter Dr. Detlef Fechtner, der als Korrespondent aus Brüssel berichtet, und die stellvertretende Chefredakteurin Dr. Heidi Rohde den 30 Teilnehmern Rede und Antwort. Die beiden gaben Einblicke in die Redaktionsarbeit und erläuterten aktuelle Herausforderungen des Journalismus – von der Digitalisierung bis hin zum Einsatz künstlicher Intelligenz. Natürlich wurden auch die derzeitigen Umbrüche in Politik und Wirtschaft diskutiert. Die Frankfurter Perspektive durfte selbstverständlich nicht fehlen: Welche Stärken hat der Finanzplatz Frankfurt? Bezüglich welcher Aspekte besteht Verbesserungspotenzial? Und wie ist der Umzug der Börsen-Zeitung ins Ostend gelungen?

Fazit: Die Börsen-Zeitung hat sich als neue Nachbarin im Ostend eingelebt, bekennt sich zum Standort Frankfurt und wird sich auch künftig als freie Stimme in das Ökosystem „Finanzplatz Frankfurt“ und darüber hinaus aktiv einbringen.

Carsten von Drathen



Chefreporter Detlef Fechtner (5.v.r.) führt die Besuchergruppe durch die Redaktionsräume.

# Mit Fahrrädern zu politischen Hotspots

*Traditionelle Tour de Praunheim besucht Nidda-Renaturierung, Verkehrsführung und RTW-Baustelle*



Fahrgemeinschaft: Vor der Praunheimer Zehntscheune

Die „CDU-Tour de Praunheim“ ist eine lebendige Fahrradtour, die auf Einladung der CDU zahlreiche Teilnehmer quer durch den Stadtteil führte. Das Motto lenkte die Radfahrer zu verkehrspolitischen Hotspots. Landtagsabgeordnete Tanja Jost radelte mit und stand kompetent Rede und Antwort. Die Kandidatinnen und Kandidaten zum OBR 7, Claudia Wolff, Marie Wolff, Nenad Colic und Thomas Laufer, nutzten die Gelegenheit zum Austausch mit Bürgern. Kommentiert wurde die Tour von Günter Pieper und Christoph Hertig.

An der ersten Station ging es um die Renaturierung des Nidda-Altarmes. Rund 1,7 Mio. Euro investiert die Deutsche Bahn in die Maßnahme, die die Durchgängigkeit des Wehr-Altarms wiederherstellt – ein weiterer Schritt hin zu einem natürlichen Fließgewässer. Die zweite Station führte zur Renaturierung des Steinbachs. Das oft trockene Gewässer schwillt bei Starkregen zu einem reißenden Fluss an. Einst war hier ein Rückhaltebecken geplant.

An dritter Station besichtigte man die umgestaltete Kreuzung Alt-Praunheim/In der Römerstadt. Über 750 Nachbarn protestieren gegen den Umbau. Offiziell hieß es, die Maßnahme sei temporär und könne angepasst werden. Geschäftsleute kritisieren den Wegfall von Kurzzeitparkplätzen. An der vierten Station informierte man sich über die Baustelle der Regional-Tangente-West (RTW) am Endpunkt „Praunheim Gewerbegebiet“. Hier entsteht eine Gemeinschaftsstation RTW/U7. Zum Ausklang spendierte Tanja Jost in gewohnter Tradition ein Eis im Café Paradiso.

# Fachausschuss in früherem Bunker

*Zivilschutz hautnah*

Foto: Bernhard Mertens



Nicht mehr kriegstauglich: Weltkriegsbunker in Frankfurt-Praunheim

Der Fachausschuss Außen- und Verteidigungspolitik der CDU Frankfurt hatte im Januar die Gelegenheit, einen ehemaligen Luftschutzbunker unter dem Frankfurter Hauptbahnhof zu besichtigen. Während des Kalten Krieges fungierte der Bunker als öffentlicher Schutzraum für alle Menschen, die sich im Fall eines konventionellen Luftangriffes oder drohenden atomaren Anschlags in unmittelbarer Nähe aufhielten, und konnte insgesamt 2.000 Schutzsuchenden Unterschlupf bieten.

Die Besichtigung hat Thomas Rätzke, bis Jahresbeginn Co-Leiter des Fachausschusses, federführend mit Brandamtsrat Dieter Oberndörfer von der Frankfurter Feuerwehr organisiert. Herr Oberndörfer, der als Referent für den Zivilschutz in unserer Stadt zuständig ist, führte die Teilnehmer durch die Räumlichkeiten und erläuterte im Detail die Geschichte sowie

die (damalige) Funktionsweise der Einrichtung. Obwohl der Bunker außer Betrieb ist und keine Instandhaltungsarbeiten am Inneren mehr durchgeführt werden, sind viele Strukturen erhalten geblieben, die den Besuch für die Teilnehmer erlebbar und eindrucksvoll machten.

Nach unserer Rückkehr zur Oberfläche stand Herr Oberndörfer Rede und Antwort und beantwortete zahlreiche Fragen zum Bunker sowie zum Thema Zivilschutz im Allgemeinen. Eine der wichtigsten Erkenntnisse der Fragerunde war, dass sich die Rahmenbedingungen für den Zivilschutz durch die neuen Rahmenrichtlinien für die Gesamtverteidigung verbessert haben, aber das Hauptaugenmerk bei den heutigen Vorschriften und Strukturen primär auf dem Prinzip der Selbstversorgung der Bürgerinnen und Bürger liegt.

Gleichzeitig mangelt es an Aufklärung, Bewusstsein und Ressourcen für die Zivilbevölkerung. Für uns als Fachausschuss ist damit klar: Es gibt einen hohen Handlungsbedarf der Politik im Bereich Zivilschutz. Wie wir einschlägige Strukturen in Frankfurt, sowie auf Landes- und Bundesebene stärken könnten, werden wir demnächst in einer weiteren Sitzung mit zusätzlichen Fachexperten erörtern.

Imre Bartal & Thomas Rätzke

# Impressionen vom 80. Geburtstag

